

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Reichsmark für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Strolche und Kleinarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 11. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 37 524 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Postkonto-Gesellschaft, Postfach 148, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Randspalte 10 Pfennig, Mittelspalte 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Nettoarbeitslohn Wort 15 Pfennig (außerhalb zwei Nettoarbeitslohn Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig; Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Unterredung mit Francesco Nitti.

Die Stimme der italienischen Demokratie. - Eine Antwort an Mussolini.

V. Sch. Paris, 9. Februar.

Paris ist jetzt ganz naturgemäß der Sammelplatz jener Italiener geworden, die ein freiwilliges Exil lieber auf sich nehmen, als daß sie in ihrem Vaterlande unter der Krone des Faschismus untätig bleiben und schweigen müssen. Wenn auch einzelne Führer der Opposition in der Schweiz oder wie Don Sturzo und Professor Salvemini in London leben, so haben sich doch die aktivsten Kräfte der italienischen Emigranten nach Frankreich begeben, wo weit über 600 000 Italiener ansässig sind, zum weitaus größten Teil Gegner des Faschismus. Hauptstichpunkt für sie erscheint jetzt seit einigen Tagen unter der Leitung eines linkskatholischen Journalisten, Donati, und eines sozialistischen Redakteurs, des Genossen Aprato, eine Tageszeitung „Corriere degli Italiani“, die ausgezeichnet redigiert ist und sofort eine sehr beträchtliche Auflage erzielt hat. Ihr Verbreitungsgebiet erstreckt sich bereits auf die Schweiz und dürfte demnächst sogar die italienischen Arbeiterkreise erfassen, die in Deutschland leben.

In Paris lebt auch seit einigen Wochen, nachdem er bisher in Zürich ansässig war, der Mann, der durch seine Vergangenheit von allen Gegnern des Faschismus in Italien und außerhalb Italiens als der gegebene Führer betrachtet und bezeichnet wird: Francesco Nitti. Er selbst lebt sehr zurückgezogen und hält sich absichtlich in Reserve. Er weiß, daß seine Stunde schlagen wird, die Stunde der Befreiung des italienischen Volkes vom innerpolitischen Joch. Vor vier Jahren ebnete sein Sturz, durch die Kurzsichtigkeit der sozialistischen Maximalisten herbeigeführt, der faschistischen Diktatur die Wege. Heute wird, wenn auch zu spät, dieser schicksalsschwere Fehler allgemein anerkannt und Nitti ist die Hoffnung aller Gegner des Faschismus. Sein Prestige ist durch die Gewalttätigkeiten, die an ihm verübt wurden, als seine Wohnung durch faschistischen Straßenspöbel geplündert wurde, der ihm das Schicksal Matteottis bereiten wollte, nur gewachsen. Es würde nur noch stärker werden, wenn Mussolini die Dummheit begehen würde, das Geseh gegen die Emigranten auf ihn, den neunmaligen Minister, anzuwenden und ihm, der in den trübsten Stunden nach Caporetto den nationalen Widerstand reorganisierte, die italienische Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Diesen Mann, dessen Pariser Wohnung in der Nähe des Invalidendoms vorsorglich und zu jeder Stunde von mehreren Schutzleuten bewacht wird, da es faschistische Gewalttäter auch in Paris gibt, suchte ich auf. Ich tat es in dem Gefühl, daß es zur Klärung der politischen Atmosphäre hüben und drüben notwendig sei, daß in dieser Stunde der Entfesselung aller Leidenschaften auch die Stimme der italienischen Demokratie, die wahre Stimme Italiens, zum Ausdruck komme. Und, obwohl Francesco Nitti mir gegenüber betonte, daß er sich grundsätzlich und besonders während seines Anenthaltens in Frankreich Zurückhaltung auferlegen müsse, so hatte wohl auch er das Gefühl, daß ihm seine Pflicht dem Friedensgedanken gegenüber gebiete, dennoch zu sprechen. Und so gab er mir für den „Vorwärts“ folgende Erklärungen:

„Für den Frieden zu arbeiten, ist mein größtes Ideal. Gegenwärtig schreitet man auf der Bahn des Friedens vorwärts, gewissen Keuchlichkeiten zum Trost; Locarno war ein großer Fortschritt, eine ungeheure Etappe auf dem Wege zum Frieden. Es ist meine Überzeugung, daß man niemals den wahren Frieden ohne eine direkte, aufrichtige und herzliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erzielen wird. Ist eine solche Verständigung möglich? Ich hoffe es. Ich vermag Ihre Bedingungen nicht aufzuzeigen, weil jede Einmischung eines Fremden inopportun sein könnte. Auf den Geist des Friedens kommt es vor allem an. Jede fremde Einmischung, sei es von englischer, amerikanischer oder von anderer Seite, ist von wenig Wert: nur die unmittelbare Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wird zum Ziele führen. Und im Interesse der europäischen Situation hoffe ich, daß diese Verständigung zustande kommt.“

Ich bin betrübt, festzustellen, daß zwei Signatarmächte von Locarno, Italien und Deutschland, gegenwärtig Mißlichkeiten auszufragen haben. Italien hat keinerlei nationale oder wirtschaftliche Interessen, die im Widerspruch zu denen Deutschlands stehen. Sogar die Südtiroler Frage ist weniger ernst als behauptet wird. Ich will nicht mitten in dem Konflikt meine Meinung hierzu äußern, aber ich kann dennoch sagen, daß, wenn einerseits Deutschland die Verträge achtet und andererseits Italien eine verschönlchte Politik macht, die Schwierigkeiten logisch schwinden werden.

Als ich am Ruder war, gab ich dem Gouverneur der neu-erworbenen Gebiete Credaro sehr einfache Anweisungen. Ich

sagte ihm: „Wenden Sie die italienischen Gesetze an, aber tun Sie zugleich Ihr möglichstes, um nicht das Gefühl der neugewonnenen Bevölkerung zu verletzen!“ Und ich habe niemals Zwischenfälle oder Nachteile bedauern müssen. Im Gegenteil, ich entsinne mich jener Zeit, wo ich als Ministerpräsident von den deutschen Vertretern der deutschen Minderheit Versicherungen von Dankbarkeit mir gegenüber und von Loyalität dem italienischen Staat gegenüber erhielt.

In meinem Buch „Der Friede“ habe ich erzählt, wie der österreichische Bundeskanzler Renner, der auf meine Einladung einen offiziellen Besuch in Rom machte, bei seiner Abreise so gerührt war, daß er und seine Begleiter sich mit dem Ruf von mir verabschiedeten: „Es lebe Italien!“ Ich habe hierzu geschrieben, daß dies das einzigmal in meinem Leben war, wo ich ein Gefühl des Stolzes darüber empfand, an der Spitze der Regierung meines Landes zu stehen. Nun, ich muß diese Stelle berichtigen. Dieses Gefühl des Stolzes habe ich auch damals empfunden, als mir die Führer der deutschen Minderheit vom obersten Eishof ihre Dankbarkeit und Loyalität zum Ausdruck brachten. Ich kann auch hinzufügen, daß weder der Bundeskanzler Renner noch seine Begleiter bei ihrem Besuch in Rom die Frage Südtirols zu erwähnen brauchten.

Ich bin infolgedessen fest davon überzeugt, daß die Einwohner Südtirols niemals etwas gegen Italien unternehmen werden, wenn man ihnen nur Gerechtigkeit widerfahren läßt. Italien ist eins der Länder Europas, deren nationale Bevölkerung am homogensten ist. Daher könnten seine kleinen italienischen oder deutschen Minderheiten durchaus mit Wohlwollen behandelt werden, ohne daß dem Nationalgefühl Italiens dadurch im geringsten Abbruch getan wäre.

Ich hoffe, daß die gegenwärtigen Zwischenfälle, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland auf der einen Seite und Frankreich auf der anderen Seite, in keiner Weise trüben werden: denn dies sind die drei Länder, die für die Kultur des europäischen Kontinents am wichtigsten sind.

Es gibt nichts Dämmeres auf der Welt als die deutsche Kultur zu verhöhnen. Ueber solchen Hohn hat man sich bereits vor mehr als hundert Jahren, zur Zeit der Frau von Staël, lustig gemacht. Die intellektuellen Leistungen des Deutschen stehen in der Geschichte der Zivilisation so hoch da, daß nur Ignoranten sich unterstellen können, eine der großartigsten Erscheinungen des menschlichen Geistes ins Lächerliche zu ziehen.

Ich dürfte kaum im Verdacht stehen, ein Freund des Faschismus zu sein. Ich halte mich sehr zurück, besonders, seitdem ich im Ausland lebe. Aber gerade deshalb glaube ich betonen zu können, daß ich bezweifle, daß der Faschismus gegenüber der Bevölkerung Südtirols mehr Gewalt anwendet, als gegen seine Widersacher von der italienischen Opposition. Sehen Sie z. B., welche Drohungen gegen mich ausgesprochen werden, obwohl ich mich abseits von den Kämpfen halte; gegen mich, der ich einmal Ministerpräsident Italiens und neunmal Mitglied einer italienischen Regierung gewesen bin; gegen mich, von dem einst einmütig anerkannt wurde, daß ich wesentlich dazu beigetragen habe, mein Vaterland nach dem Zusammenbruch von Caporetto zu retten und dies in einer Stunde, in der manche, die heute meinen Patriotismus zu bezweifeln vorgeben, eher dazu neigten, die Flinten ins Korn zu werfen!

Ich hoffe daher, daß man in Deutschland die Bedeutung gewisser Rundgebungen nicht überschätzen wird, denn vor allem gilt es, gute Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herzustellen und die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer enger zu gestalten. Andererseits wird man in Deutschland gut tun, keine falschen oder übertriebenen Nachrichten über das, was in Südtirol vor sich geht, zu veröffentlichen. Leider tragen die Zensur und das Regime, dem die italienische Presse unterworfen ist, dazu bei, solchen Nachrichten in Deutschland Glauben zu verleihen, die entweder jeder Grundlage entbehren oder maßlos aufgebauscht sind. Wenn ich dies betone, so können Sie es mir um so mehr glauben, als ich doch wirklich kein Freund des Faschismus bin.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist eine sehr wichtige Tatsache: um sich zu verständigen, muß man vor allem miteinander zu reden. Nichts ist schädlicher als die Fokierung. Der Völkerbund wird am allerbesten dazu berufen sein, an der Annäherung zwischen den Nationen und an der Beilegung derjenigen Streitigkeiten mitzuwirken, die gegenwärtig am gefährlichsten für den wirklichen Frieden sind.

Ich glaube nicht, daß die Welle der Reaktion, die sich jetzt in fast allen Ländern unter den verschiedensten Formen bemerkbar macht,

von Dauer sein wird. Es ist heute Mode, verächtlich von der Demokratie zu sprechen — aber wir werden zur Demokratie zurückkehren. Ich glaube insbesondere, daß, entgegen gewissen Keuchlichkeiten, Deutschland sich als eine große Demokratie behaupten wird. Ich halte eine monarchistische Restauration in Deutschland für ausgeschlossen. Selbst in Ungarn, wo das monarchistische Gefühl am stärksten war, hat die Sache der Monarchie an Boden verloren und die jüngsten Ereignisse werden nicht dazu beitragen, den Vertretern des monarchistischen Gedankens und der reaktionären Gewalttätigkeit ein stärkeres moralisches Ansehen zu verleihen.

Ich will keineswegs auf innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands eingehen, aber ich muß Ihnen schon sagen, daß die Haltung der ehemals regierenden deutschen Fürstenhäuser, ihre maßlosen Entschädigungsansprüche in einer Zeit, in der Deutschland als Folge des Krieges bittere Not leidet, wahrhaftig skandalös sind. Das deutsche Volk sollte diese Frage, die nur scheinbar rein innerpolitischer Natur ist, auch unter dem Gesichtspunkt des Eindruckes betrachten, den sie auf die demokratischen Elemente der ganzen Welt hervorruft.

Arbeiten wir für den Frieden! Schüren wir nicht unnötigerweise, sei es in der Presse, sei es im Parlament, die bösen Leidenschaften, die aus der Kriegszeit stammen. Versuchen wir immer mehr Vertrauen zueinander zu gewinnen. Die Zukunft des Friedens liegt in der internationalen Demokratie und diese wird siegen allen vorübergehenden und törichten Rückschlägen zum Trost!

Diese Erklärungen des italienischen Staatsmannes werden nicht nur im deutschen Volk, sondern sicherlich auch darüber hinaus den stärksten Widerhall finden. Sie beweisen, woran wir niemals gezweifelt haben, daß es auch ein anderes Italien gibt als jenes, das durch den Mund von Mussolini und Genossen die Welt mit wildem Kriegslärm, hysterischen Hahngesängen und böden Schimpfereien erfüllt. In dieser Stunde gehörte freilich Mut dazu, die Stimme der Vernunft und des Friedens in dieser unparteiischen Art ertönen zu lassen. Diesen Mut hat Nitti gehabt, und dafür wird ihm nicht nur die deutsche, sondern ebenbürtig die italienische Demokratie Dank zollen.

Reinholds Finanzprogramm.

Bedenkliche Methoden.

Die Einführungsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold hat im Reichstag einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie war geschickt im Aufbau, lebendig in der Darstellung und wurde frisch vorgetragen, so daß der Reichstag den Darlegungen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte. Sie trugen auch unverkennbar eine stark persönliche Note, so daß der Eindruck bestärkt erscheint, daß der neue Finanzminister seine Wege selbständig bahnt und sich bei seinen Entscheidungen nicht beeinflussen läßt durch die Erbschaft, die die Reichsregierung gerade auf steuerlichem Gebiet unter der Führung des Herrn v. Schlieben hinterlassen hat.

Die günstige Aufnahme der Rede ist zu einem erheblichen Teil gerade auf diese Tatsache zurückzuführen. In den vielen Finanzdebatten des letzten Jahres hat die Reichsregierung immer nur die eine Tonart spielen lassen: es ist kein Geld vorhanden, soziale Ausgaben dürfen nicht vorgenommen werden, Steuererleichterungen können nicht eintreten. Herr Reinhold hat das Problem anders angepackt. Ausgehend von der Wirtschaftskrise, deren Ernst er nachdrücklich betonte, will er mit einer aktiven Finanzpolitik zu ihrer Überwindung beitragen, um so Deutschland die Erfüllung aller seiner Verpflichtungen zu ermöglichen und seinem Volk eine lebenswürdige Existenz zu verschaffen.

Ob allerdings die von Herrn Reinhold in Aussicht genommenen Maßnahmen dieses Ziel erreichen werden, vor allem, ob das auf dem kürzesten Wege geschieht, ist sehr zweifelhaft. Er geht von der Annahme aus, daß die Belastung der Wirtschaft mit Steuern eine der wichtigsten Ursachen der Wirtschaftskrise sei. Er will eine erhebliche Senkung der Steuerlasten vorsehen, der eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben folgen soll. Man kann aber keineswegs behaupten, daß die Steuerlasten, insbesondere die Reichsteuern, um die es sich hier zunächst handelt, die Hauptursache der Wirtschaftskrise sind. Sie sind Ende des Jahres 1925, als die katastrophale Zuspitzung der Wirtschaftskrise begann, bereits erheblich ermäßigt worden. Sie

belasten die Unternehmungen ganz ungleichmäßig. Sie werden vor allem Dingen in der Hauptsache von der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger getragen, während gerade leistungsfähige Unternehmungen, vor allem der Großgrundbesitz, fast völlig steuerfrei sind. Wenn vielleicht auch hier und da die Steuerlasten zur Verschärfung der Krise beigetragen haben, so bleibt ihre Hauptursache doch die bedrohliche Absatzkrise, hervorgerufen durch die mangelnde Kaufkraft der Verbraucher-massen und die verfehlte Wirtschaftspolitik des ersten Kabinetts Luther.

In dem Programm der Steuererleichterungen, das Herr Reinhold vorgetragen hat, steht an oberster Stelle die Senkung der Umsatzsteuer am 1. April 1926 von 1 Proz. auf 0,6 Proz. Neben der Senkung der allgemeinen Umsatzsteuer soll die Befreiung der erhöhten Umsatzsteuer (der sogenannten Luxussteuer) erfolgen. Ferner soll eine steuerliche Erleichterung bei wirtschaftlich notwendigen Betriebszusammenschlüssen eintreten. Es sollen außerdem die Härten beseitigt werden, die durch die Häufung der Termine der Einkommen- und Vermögenssteuerzahlungen im nächsten Etatsjahre ausstrahlen werden. Auch kündigte der Finanzminister zugleich die Herabsetzung der Vermögenssteuer an, außerdem die Ermäßigung der Körperschaftsteuer.

So erfreulich die Absicht des Finanzministers ist, die Steuerlasten zu senken und die Aussicht, daß das ohne Gefährdung der Währung geschehen kann, so bedenklich sind doch einzelne der angekündigten Maßnahmen. Das gilt in erster Linie von der Ermäßigung der Einkommensteuer und von der Senkung der Profitssteuer. Aber auch die Senkung der Umsatzsteuer wird sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn sie nicht zu einem Geschenk an die Produzenten wird, sondern eine Senkung der Preise hervorruft. Wir fürchten, daß das ohne eine Aufhebung der Zollgrenzen ebensowenig eintreten wird wie bei früheren Ermäßigungen der Umsatzsteuer.

Im ganzen ist daher das Steuerprogramm Dr. Reinholds von rein kapitalistischen Erwägungen geleitet. Wesentlich geschieht als sein Vorgänger, aber mit ähnlichem Ziel, versucht er die bestehende Lastenverteilung zugunsten des Besitzes zu verändern. Die Hauszinssteuer, die unsozialste aller Steuern, ist von ihm unerörtet gelassen worden. Es scheint also, als wolle man an dem fast undurchführbaren Zwang zum Hinaufstreifen der Miete auf 100 Proz. der Friedensmiete bis zum 1. April festhalten. Bei der Lohnsteuer ist lediglich von einer Vereinfachung die Rede gewesen, obwohl die beste Vereinfachung der Lohnsteuer in der Heraushebung der steuerfreien Einkommensgrenze liegt.

Wenig befriedigend waren die Erklärungen über die Gestaltung der Ausgaben. Allgemeine Verwaltungsreform, Abbau von Verwaltungsarbeit sind gewiß erstrebenswerte Ziele. Aber was die Volkswirtschaft gegenüber in erster Linie interessiert, das ist die Verantwortung der Frage, ob der neue Finanzminister bereit ist, mit den Steuermitteln, die in erster Linie von den Massen aufgebracht werden, ihre Not zu lindern. Wir denken dabei nicht nur an die Unterstützung für Erwerbslose usw., sondern ebenso sehr daran, ob nicht durch Vergebung umfangreicher Aufträge an die Industrie durch das Reich bzw. seine großen Wirtschaftsunternehmungen (Reichsbahn usw.) und durch Förderung des Wohnungsbaues ein starker Anreiz zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise geschaffen werden kann. Zerstreut sind die angekündigten Steuererleichterungen die Möglichkeit zur Durchführung dieser Pläne und bedeuten sie ein starrs Nein gegenüber einer besseren Fürsorge für die unverschuldeten Opfer der Wirtschaftskrise, dann wird man ihre wirtschaftsfördernde Wirkung nicht allzu hoch einschätzen dürfen.

Was der Reichsfinanzminister über die Eröffnung neuer Finanzquellen, z. B. durch die Befreiung der Branntweinmonopole, sagte, war ausgezeichnet. Man

kann nur hoffen, daß diese schönen Worte auch zur Tat werden. Sehr interessant war auch sein Vergleich über die öffentlichen Lasten 1913 und 1926. Hiermit und mit seinen Angaben über die Höhe der Kriegskosten im Betrage von fast 2½ Milliarden Mark hat er der deutshationalen Demagogie einen empfindlichen Stoß verfehlt. Wir wollen auch anerkennend vermerken, daß er sich ebenso entschieden für die Erhaltung der Stabilität der Währung, als für die Erfüllung unserer außenpolitischen Verpflichtungen aussprach. Im ganzen müssen seine Methoden jedoch bei der Arbeiterschaft schwere Bedenken erwecken.

In der Debatte, die am Donnerstag im Reichstag über die Rede des Finanzministers begann, wird für die Sozialdemokratie der Genosse Hilferding das Wort ergreifen.

Reinholds Beamtenpolitik.

Besprechungen mit den Spitzenorganisationen.

Am Mittwoch fand zwischen dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft eine Besprechung statt in der der Minister zu den Fragen der Besoldungsreform und des Beamtenabbaues Stellung nahm.

Der Minister erklärte, im Reichsfinanzministerium denke niemand an Gehaltserhöhung. Die Reform des Besoldungsgesetzes sei im Augenblick nicht akut. Das Kabinett habe noch keinen Beschluß gefaßt. Was die Umwandlung der Dezemberzulage in eine laufende Erhöhung der Bezüge ab 1. April betreffe, so seien im vorliegenden Etat diese Zulagen nicht vorgesehen. Er werde jedoch diese ganze Frage einstweilen offen lassen. Das Sperrgesetz lege ihm besonders am Herzen. Er habe als Bundesfinanzminister die Auffassung vertreten, daß das Sperrgesetz von dem Zeitpunkt an überflüssig werde, an welchem den Ländern und Gemeinden die steuerliche und finanzielle Selbständigkeit zurückgegeben sei. Das sei der 1. April 1927.

Ueber den Beamtenabbau betonte der Minister, daß er einen weiteren Abbau nicht beabsichtige. Er plane eine Verminderung der Beamten auf organisatorischem Wege über die frei werdenden Stellen. Hierdurch sollten jedoch die Beförderungsmöglichkeiten für die Beamten nicht verschlechtert werden. Die Reorganisation der Verwaltung könne nur so durchgeführt werden, daß der Beamtenkörper zahlenmäßig nicht übersteigert werde, die Beamten jedoch entsprechend den Leistungen eine angemessene Besoldung erhielten. Im Schluß versicherte Dr. Reinhold, daß er bereit sei, die Organisationen zu allen die Beamten betreffenden Fragen so rechtzeitig hinzuzuziehen, daß noch eine positive Beistimmung der Materie durch die Beamten möglich sei.

Die Besprechung soll verabschiedungsgemäß in der kommenden Woche fortgesetzt werden; dabei wird vor allem über die Stellungnahme des Ministers zur Umwandlung der Dezemberzulage Klarheit geschaffen werden. Die Organisationsvertreter hielten den Eindruck, daß das Zusammenarbeiten zwischen Organisationen und Finanzministerium unter dem neuen Minister sich besser gestalten wird als während der Amtsdauer des Ministers von Schlieben.

Ein bayerisches Dokument.

Kein Interesse für Preußen!

Im Herbst v. J. erfuhr R. v. Deckers Verlag (G. Schenk) die Augsburgener Anwaltskammer, eine Subskriptionsliste für das „Handbuch über den Preussischen Staat für 1926“ in Umlauf zu setzen. Die Antwort, die auf dieses Ersuchen erteilt wurde, liegt uns jetzt vor. Sie lautet:

Augsburg, 25. November.

Ihre Zuschrift vom 23. d. M., betreffend die Subskription auf das Handbuch über den Preussischen Staat für 1926, habe ich zwar erhalten; ich kann aber Ihrem Ansuchen, Ihre Subskriptionsliste bei den Kammermitgliedern zirkulieren zu lassen, keine Folge leisten.

Wir Bayern sind zwar von unseren preussischen Bundesbrüdern schon so ziemlich eingesättigt

und werden (i. Red. d. „T.“) die unitaristischen Bestrebungen in Berlin leider wohl noch dazu führen, daß der Rest unserer bayerischen Selbständigkeit vollständig vernichtet wird; allein bei der jetzigen Sachlage ist für uns bayerische Anwälte das Handbuch über den preussischen Staat ein recht überflüssiges und entbehrliches Hilfsmittel, so daß wohl keines unserer Kammermitglieder Veranlassung nehmen würde, sich an einer Subskription auf dieses Werk, das für Preußen seinen Zweck haben kann, zu beteiligen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Anwaltskammer Augsburg, gez. Geh. Justizrat Weigl.

Also: kein Interesse für das preussische Ausland!

Michael Karoly gegen Windischgrätz.

Ein Verleumder gekennzeichnet.

Vor wenigen Wochen wurde vor dem I. Senat des Kammergerichts die Klage Michael Karolys gegen den Verlag Ulstein in zweiter Instanz verhandelt. Dem ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten war von dem prinzipalen Erbschafts- und Frankensächler Windischgrätz in dessen Buch „Dem roten zum schwarzen Prinzen“ vorgeworfen, daß er, von der Entente bestochen, Verrat an seinem Vaterlande geübt habe.

Beide Parteien hatten damals die Vernehmung einer Reihe von Zeugen beantragt. Die beklagte Partei wollte den Wahrheitsbeweis antreten, die Klägerin ihrerseits Windischgrätz verleumderische Absichten erweisen. Das Kammergericht hat jedoch auf Grund des bereits vorliegenden Materials seine Entscheidung verkündet. Es hat entsprechend dem Antrage des Justizrats Wetzauer und des Rechtsanwalts Prüß als Vertreter des Grafen Karoly, die Berufung des Verleges Ulstein zurückgewiesen und der Beklagten die Kosten des Verfahrens beider Instanzen unter Zugrundelegung eines Streitwertes von 10 000 M. auferlegt. Somit ist der Forderung des Grafen Karoly, daß die in Frage kommenden Klagen vernichtet würden, und die weitere Verbreitung des Buches verhindert werde, genügt worden.

Es bleibt abzuwarten, ob der Verlag Ulstein gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht einlegen wird. Jedenfalls ist der prinzipiale Frankensächler vorläufig von einem deutschen Gericht zu dem gestempelt worden, was er in Wirklichkeit ist, — ein bössartiger Verleumder.

Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Beschluß des Reichshandhabungsausschusses.

In der gestrigen Sitzung des Reichshandhabungsausschusses wurde die Spezialberatung des Justizrats begonnen und zu Ende geführt. Bängere Debatten entpannen sich nur über zwei Anträge, die von den Kommunisten und den Deutschnationalen gestellt waren. Der eine wollte die Kosten der außerordentlichen Gerichte einschließlich der Kosten der Strafvollstreckung, der andere die Kosten für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik streichen und damit diesen Gerichtshof aufheben. Der Reichsjustizminister ersuchte sehr dringend, die beantragten Streichungen nicht vorzunehmen, der Ausschuss beschloß indessen, die Kosten für den Staatsgerichtshof zu streichen, während die Kosten für die außerordentlichen Gerichte genehmigt wurden.

Ein Antragen erklärte der Reichsjustizminister Werg, daß sein Ministerium nur die Anregung zu Einsparungen geben könne, das Anwaltsrecht als solches stehe dem Reichspräsidenten zu. In bezug auf Anregungen seien verschiedene Fälle für die Kammer bereits vorbereitet, zum Beispiel auch der Fall Raslow. Rückständig seien nur etwa noch 10 bis 12 Fälle, die zurzeit in Bearbeitung sind.

In der fortgeführten allgemeinen Aussprache über den Heeresetat kamen nur der kommunistische und demokratische Redner zum Wort. Die allgemeine Aussprache soll morgen fortgesetzt werden.

Wüstung? Der Vizekönig von Britisch-Indien teilt mit, daß eine lateinisch-indische Marine geschaffen werden solle, in der Indier als Offiziere dienen dürfen.

Sinn und Unsinn der Technik.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Bruno Walter führte mit dem Philharmonikern und dem Sittlerischen Chor das Mozartsche „Requiem“ auf. Bei der Schematisierung des Berliner Konzertlebens und bei der eintretenden Wüßerlichkeit nimmt es nicht wunder, daß nun Bruno Walter, der allgewaltige Opernmann Berlins, der große Orchester- und Sinfonie-Direktor, auch das Oratorium pflegen will. Die Geschehen derartiger Aufführungen sind größer als ihr Nutzen. Bruno Walter hat eine so begeisterte Gemeinde von Anhängern um sich, er wird in der Oper mit Recht so gefeiert, er hat für gewisse, nicht alle, Spielstätten der Sinfonie eine so nobis, quodrudefähige Hand, daß man auf die Schwächen dieser halb selbständigen Choraufführungen ruhig hinweisen kann, ohne sich frütend verdächtig zu machen. Gerade wenn man dieses „Höllische“ und „himmlische“ lächelnde Publikum in den Walter-Konzerten beobachtet, muß man bedauernd feststellen, daß einmal dieser Meisterdirigent in der Weisheit und Konzipienz seiner Bewegungen gerade diesem parsimonischen Publikum sehr entgegenkommt, und daß zum anderen Male die Wirkung dieses eminenten Erziehers dahin geht, gegen seinen eigenen Willen die Menschen zu sich hin, statt zu einem Wert hinzuziehen. Das ist in Berlin allerdings das Schicksal aller Musiker, die eintreten sind. Die inneren Beziehungen Walters zu Mozartscher Kunst sind sehr eindeutig und tief, auch das Requiem liegt seinem Geist und seiner weiblichen Empfindsamkeit. Alles, was hoch in diesem Werk klingen sollte, was eine Relativität dieses Requiem bieten muß, all das kommt bei Walter nicht zu letztem Ausdruck. Vieles betreut er mit seiner Behutsamkeit und Liebe, doch wirklich das Wert aus sich selber zu sprechen scheint. Das sind vor allem die Solopartien. Der Mittelsche Chor lang äußerst kultiviert und schön. Die Leitung Walters ist allerdings nicht in ständiger, die Massenstimmen zu einer prägnanten Einzelstimme zu formen und es zu vermeiden, daß ziemlich regelmäßig die weit entferntesten Stimmen unprägnant einsehen. Ich habe immer das Gefühl, als seien derartige Ausstellungen von selbststudierten Chören, solche Auslieferung an die Hand eines zugkräftigen Orchesterdirigenten nicht vornehm und würdig. Es ist, als löhe man sich zu einem vornehmen Diner von den Nachbarn einen silbernen Becher. Es ist möglich, daß der Mittelsche Chor wirtschaftlich gerungen ist, solche Dienste zu leisten. Wenn die Not verschwinden ist, muß auch dieses System schwinden. Wer für eine Sache arbeitet, muß auch für die Leistung bezahlt und anerkannt werden. Weht dieser Modus weiter, nicht er größerer Kreis, so ist eine systematische Erziehung der Chöre nicht mehr möglich, und die spirituelle Kultur in Berlin ginge verloren, auch wenn noch so viel Tausende von besetzten Damen und besetzten Herren behaupten, daß eine Messe oder ein Requiem noch nie in Berlin so erlungen sei. Ein schlechtes Gedächtnis ist keine Schande, aber man muß versuchen, der Christlichkeit ins Gewissen zu reden.

Erich Kleiber kam im lebenden seiner Sinfoniekonzerte häufig und vorzüglich. Er scheint in dem Besatz der Programme, in ihrer Einheit von Mal zu Mal eine besondere künstlerische Note zu erblicken. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dem Staatsoperpublikum eine Zusammenstellung von Werken Haydns, Rigels und Schuberts am besten zu Gesicht steht, am besten bekommt. Die

erstmalig aufgeführte Sinfonie von Rigel (Herausgeber Robert Schöndorfer) ist eine heilige, große, in den Motiven sehr dankbare Sinfonische Kleinarbeit, spielerisch und ohne gedanklichen Leier, ohne Durchführung, zuweilen stark nach Unterhaltungsmusik klingend. Das kleine Orchester mit den Bläsern einstimmen allerdings ist fest und sehr differenziert behandelt. Rigel rechnet zu der Mannheimer Schule der Stimm- und anderer und ist sicher ein Vorläufer Mozarts, wie er auf der anderen Seite französischen Stil vertritt. Im ganzen betrachtet: eine Kluge auf der Perle Mozarts.

Walter Kirchhoff rief zu einem Jener in der Philharmonie so ungemühtlichen Solistenkonzerte, und alle, alle kamen. Es ist gut, wenn man einen Namen hat, es ist besser, wenn man eine Technik hat. Walter Kirchhoff singt mit letzter Anstrengung, und sein Stimmrohr bereitet dem Hörer Sorge um seine Kehle. Es ist ein dünner, gequälter Tenor, der in der Höhe keinen Schmelz mehr hat, dagegen baritonale noch recht gut frisch und lebendig klingt. Die Singsängerin von Dooart verlangte allerdings eine härtere innere Glut und eine betontere, quellendere Temponahme. Eleanor Schloßhauer, Reynolds beteiligte sich an dem Abend mit Liedern von Brahms und Strauß, und es war eine Freude, ihrer reinen, glückseligen, schönen Stimme lauschen zu können. Dora Bernstein, Bärner hat, seit sie zuletzt öffentlich sang, nicht an Stimme, nicht an Vortragstakt gewonnen. Sie tremoliert stark, und der an und für sich gute Sopran hat Beklänge von Schärfe und Metalligkeit bekommen, die nicht mehr erwidern. Großpathetische Frosen klingen unecht, das kleine, auf die Vortragspunkte zugelegte Lied gelangt am besten. Die mitwirkende Wilhelmina Eibenschütz-Wuozel tritt in die Fußstapfen ihrer Eltern als Pianistin und beweist, nach Ueberwindung einiger Fragen, daß sie gesundes Spielertalent hat und in der chronischen Chronik von Bach gute Handtechnik mit gutem Geschma zu verbinden weiß. Rosa Hjorth-Sell empfiehlt sich als Sängerin durch ein geschmecktes Programm verschiedenster Nationalitäten, sowie durch ein biegsames, eindringliches Stimmmaterial, das allerdings nicht ohne Härte bleibt. Warum sie ein Lied von Hugo Rein, des vor 150 Jahren gestorbenen zu sein scheint, doppelt lang, ist unerfindlich, ebenso, warum sie einen Diktanten für die oblige Geige engagiert. Egon Sigmund ist ein solcher, korrekter und auch sensibler Klavierspieler, seine Partnerin an der Geige, Maria Körner, dagegen eine sehr mittelmäßige Begabung. In der Schubertschen Sonatine Opus 137 Nummer 3 hört ich wohl alle Klänge und Töne richtig, doch fehlt die Spur einer Befreiung, jedes An-die-Tief-Dringen des Spiels. Der Ton ist wie markiert und nicht ausgeglichen. Es ist möglich, daß ein georgisches Studium diesen Grundfehler behebt. Vorher ist Frau Körner für das Berliner Publikum nicht reif.

Bei Bruno Walter hört die letzte Reifung der Orchesterkunst die Direktion eines Chors, bei Kirchhoff und anderen läßt auch eine brüchige Technik den Willen zur künstlerischen Leistung erkennen, bei Kleiber will die eleganteste Handhabung des Stoces nicht immer verpassen lassen, daß dieser künstlerische Charakter schwanzt in der Reifezeit. So wird Technik Sinn und Instanz zugleich. Besser eine halbe Technik und ein ganzer Musikant, als eine vollendete Technik mit brüchigem Kunstverstand. Wo ein Mensch zu leiden scheint im Gesang, im Lied, wo eine frohe oder getrocknete Seele sich frei machen will im musikalischen Ausdruck, da darf er sich selbst

eine Technik erlauben, erst auf dem Weg zur letzten Reifung zu sein. Ein Mensch, der fühlt und fähig wird in der Kunst, ist mehr wert, als eine Maschine, die bei letzter Ausarbeitung aller mechanischen Notwendigkeiten leiblos bleibt. Diese menschlichen und künstlerischen Tugenden offenbart, als Paula Lindberg mit Klaus Pringsheim am Klavier eine Arie von Bach und drei Lieder von Rousfort lang.

Die Bühnengenossenschaft gegen James Klein. Dem Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen erhalten wir folgende Mitteilung: „Die Rechtschutzstelle der Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen hat gemeinsam mit dem Präsidium den Beschluß gefaßt, den Namen des Direktors James Klein auf die Liste derjenigen Theaterleiter zu setzen, mit denen abzuschließen die Bühnengenossenschaft gewarnt werden. Gleichzeitig haben Präsidium und Rechtschutzstelle an den Polizeipräsidenten in Berlin nochmals das dringende Ersuchen gerichtet, das gegen Direktor Klein eingeleitete Konfessionsentziehungsverfahren mit allem Nachdruck und möglicher Beschleunigung durchzuführen. Die Genossenschaft erhebt in diesem Schreiben Einspruch gegen den Versuch, durch Beschlüsse einer Unbefugtenversammlung das Konfessionsentziehungsverfahren zu obstruieren und bestreitet auf das entschiedenste die Legitimation der Unbefugtenversammlung, in ein derartiges öffentlich-rechtliches Verfahren einzugreifen.“

Ueber die Kolonialpolitik in einem Vortragabend der Volkshilfe im Lokal des Rundfunkvereins, Vizepräsident Dr. 7. u. vier Vorträge von W. W. W. am Sonntag (8 Uhr) Dr. Adolf Dellmann, Einjahresplan 10 W.

Musikführungen. Sonntag, den 14. 10 Uhr vormittags finden am Hoftheater in Neuen Künzeln (Die Kunde aus St. Moritz) — Dr. Wolf — und im Kaiser Friedrich-Künzeln (Mensch und Kunst) — Dr. Wetzinger — statt. Zuhörerzahl von 10 W. und vor Beginn der Aufführung ein Vortrag des genannten Musikanten in deutscher Sprache.

Zusatz: Schulspiele sind zurzeit in Wien. Die Hilfe des Theaterlebens vertritt sich auch dort so stark, daß die Theaterwissenschaften, mit Ausnahme der staatlichen Bühnen und des Deutschen Volkstheater, ihrem uralten Verstand zu kündigen und neue Bestände zu schaffen beabsichtigen.

Die und-Vorführung in Leningrad. Der „Kriegsbericht“ von A. A. A. ist im Komödientheater in Leningrad zur Aufführung gelangt. Die Kritik über ihn im ganzen sehr anerkennend über das Stück. In der russischen Aufführung wurde, entsprechend der Aufführung des Spezialtheater, besonderer Akzent auf unterstrichen, was den Gegenstand der Bühne und Handlungsgeschichte zum Ausdruck bringt.

Der Kongress im Parlamentshaus. Der zurzeit in Wien stattfindende große Kongress des ehemaligen Reichstages (die Kunde aus St. Moritz) ist ein Kongress für mehr als tausend Personen umgeben worden. Zugleich will die österreichische Staatsbeobachtung eine eigene Kongressdelegation entsenden. Die Mitglieder der Wiener Staatsbühnen sollen dann nur noch in dem neuen Kongress durch Vermittlung der staatlichen Kongressdelegation ihre Verhandlungen abhalten dürfen.

Der zweite russische Kongress der Gesundheitswesen. Der 25. Februar bis zum 1. März in Moskau. Von dem Organisationskomitee sind bereits Einladungen an die Herren Professoren Dr. Wapke, Gershan, Professor Dr. Shakhman, Berlin und Graf Wien, Ansbach (Deutschland) ergangen. Nähere Anstände werden erteilt durch die Vertretung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen, Berlin NW 7, Unter den Linden 69a.

Mussolinis Antwort an Stresemann.

Eine Rede im Senat. — Beruhigte Tonart.

Rom, 10. Februar. (W.F.) Unter größter Aufmerksamkeit hielt heute im dichtbesetzten Senat der italienische Ministerpräsident Mussolini, von frenetischem Beifall begrüßt, folgende Rede:

Die lange Rede des deutschen Außenministers Stresemann macht eine sofortige Antwort notwendig, die klar und genau sein wird, wie die Rede, die ich am vergangenen Sonnabend in der Kammer gehalten habe.

Diese Rede war nicht improvisiert, sondern während zweier Monate einer erbärmlichen antitalienischen Heiße mit Geduld, ich wiederhole, mit Geduld, überlegt.

Es war keineswegs eine rhetorische Rede, sondern im Gegenteil eine geradezu antirethorische Rede. Die Tatsache, daß Reichsminister Dr. Stresemann meine Rede anders auslegen konnte, beweist wieder einmal, daß Stresemann und viele andere Deutsche mit ihm ganz und gar nichts von der tiefgehenden geistigen und antirethorischen Umwälzung wissen, die sich in dem zeitgenössischen italienischen Bewußtsein vollzogen hat.

Wenige Reden haben in der italienischen Seele und in der öffentlichen Meinung Europas so rasche und so starke Rückwirkung gehabt, wie meine Rede. Das beweist, daß sie zur Klärung der Lage notwendig war. Diese Klärung ist eingetreten. Der Gegensatz ist geschichtlich klar. Es handelt sich um den

Gegensatz zwischen dem vollen italienischen Recht und dem unsinnigen deutschen Anspruch.

Ich brauche kaum zu erklären, daß ich dem Geist und dem Buchstaben nach meine letzte Rede bestätige,

einschließlich der Anspielung am Ende auf die Tricolore am Brenner.

welche Anspielung Stresemann nach seinem Belieben auslegen kann, die aber die Italiener in dem Sinne auslegen, daß Italien niemals die Verletzung der Friedensverträge dulden wird, die seine um blühenden und sehr harten Preisen eroberten Grenzen garantieren. Stresemann ist übrigens mit seiner Rede nichts anderes als alle wesentlichen Punkte meiner Rede bestätigend. Hat er etwa meine Angabe dementiert, daß Italien in der Nachkriegszeit gegenüber Deutschland eine gemäßigtere Politik befolgte? Nein, denn er konnte das nicht! Hat er die Kampagne der deutschen Presse dementiert, die während mehrerer Monate die Grenzen des elementarsten Anstandes überschritt, indem sie antitalienische Lügen verbreitete und Einrichtungen und Gefühle verletzte, die den Italienern die teuersten sind? Nein! Denn diese Propaganda war organisiert und wurde selbst in Regierungsgebäuden aufgenommen und sogar in der „Täglichen Rundschau“, die mit Recht als das offizielle Organ des deutschen Außenministers betrachtet wird. Hat Stresemann die Kampagne dementiert, die darauf gerichtet ist, den Boykott der italienischen Waren und des Reiseverkehrs in Italien herbeizuführen? Nein! Denn diese Kampagne ist unternommen worden, dauert an und wird schärfer, wie aus den Nachrichten hervorgeht, die ich gerade heute vor mir liegen habe.

Stresemann wollte die Bedeutung dieser Kampagne herabmindern, indem er sie als das Werk kleiner Gruppen von unverantwortlichen Leuten erscheinen ließ. Weis denn Stresemann nicht, daß diese Propaganda für einen Boykott gegen Italien in Bayern, in den Niederlanden, in den Baltischen, auf den öffentlichen Märkten und auf der Eisenbahn betrieben wurde? Weis denn Stresemann nicht, daß zu dem Überwachungsausschuß für die Durchführung dieses antitalienischen Boykotts

ein liberaler Abgeordneter, ein Schulinspektor, zwei Universitätsprofessoren und ein ehemaliger Justizminister

gehören? Weis er denn nicht, daß am 29. Januar einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag den Antrag einbrachten, die privaten italienischen Schulen in Preußen zu schließen?

Dr. Stresemann ging mit keinem Wort auf jenen Teil meiner Rede ein, in dem ich auf die unsinnigen Pläne hinwies, mit denen die Führer des Pangermanismus im Juni 1918, lebendigen, als sie in einer falschen Siegesgewissheit sich in Viplteno im oberen Etschtal versammelten und als deutsche Grenze nicht etwa das Gebiet von Salurn forderten, sondern die Sieben Gemeinden, Desenzano, Peschiera und die Veroneser Klause in der Absicht verlangten, dieses Gebiet zu entnationalisieren. In genauer Kenntnis der Tatsachen behaupte ich, daß man in weiten Schichten der deutschen Bevölkerung nicht endgültig auf diese verurteilten Träume verzichtete, selbst wenn die deutsche Regierung sich heute auf

einfache Forderungen kultureller Art beschränkt, die übrigens mit der vollen Ausübung der italienischen Souveränität unvereinbar sind.

Auch sagt Stresemann kein einziges Wort auf meine Feststellung, daß

während Millionen Deutscher von anderen Staaten annektiert worden sind, einzig und allein für das obere Etschtal künstlich eine Agitation sich entfesselt,

die auf notorischen Lügen aufgebaut ist. Stammt denn die Verordnung der Prager Regierung nicht aus den allerletzten Tagen, durch die den Staatsangehörigen der tschechoslowakischen Republik einschließlich der 3/4 Millionen Deutscher der obligatorische Gebrauch der tschechischen Sprache in allen staatlichen Verwaltungszweigen angeschlossen wird?

Stresemann verteidigte schließlich durch sehr schwache Beweisführung die unerhörte Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Heß, die darauf abzielt, die Befreiung der Brüder Südtirols zu beschleunigen. Dieser Satz ist in dem historiographischen Text enthalten. Sophistische Auslegungskünste und kühne Missifikationen tragen nur dazu bei, ihre Bedeutung und außerordentliche Schwere zu erhöhen. Die Erklärung genügt nicht, daß die auswärtige deutsche Politik in Berlin gemacht wird und nicht in München. Uns interessieren auch die Ränker, die vom Gesichtspunkt ihrer eigenen Verantwortlichkeit und Stellung aus davon sprechen.

Dr. Stresemann ist dem Kern meiner Rede ausgewichen und hat sich vielmehr auf Einzelheiten bezogen, deren tiefe Ironie er nicht erfaßt hat und auf die ich ganz kurz zurückkommen will. Zuerst aber will ich auf gewisse spezifische Behauptungen Stresemanns antworten.

Die Parallele, die Stresemann für die gegenseitige Behandlung der Italiener und der jugoslawischen Minderheiten zieht, entbehrt aus einleuchtenden Gründen vollkommen der Grundlage. Es besteht keinerlei Gegenseitigkeit hinsichtlich der Minderheiten zwischen uns und Desterreich. Auch die geschichtlichen Vorgänge, die von Stresemann erwähnt werden, z. B. die Botschaft des Generals Becchi Girardi und die Thronrede, werden zu einer Skizze der italienischen Ziele in dem Sinne, daß in Wirklichkeit sich die absolute und vollkommene Unwirksamkeit einer Politik übermäßiger Langmut gezeigt hat, die die Deutschen immer dazu verleitet, sie als ein Zeichen der Schwäche auszuliegen. Selbst die falsche Regierung hat in den ersten drei Jahren ungefähr die gleiche dubiose politische Haltung eingenommen. Sie war aber zu einer kräftigen Aenderung dieser Haltung bereit, als

sie gegen Frühjahr 1925 die gewaltigen Gefahren sah, in die das italienische Volk in mehr oder weniger naher Zukunft geraten konnte.

Es gibt sodann eine Behauptung der Rede Stresemanns, die ich in der formellsten Weise dementieren muß, nämlich die Behauptung, wonach die italienische Regierung in irgendeiner Weise und

zu irgendwelcher Zeit einen Ergänzungspakt für die Brennergrenze angestrebt hätte.

Mussolini fuhr fort: Wahr ist dagegen, daß die italienische Regierung jede positive Anregung in dieser Hinsicht vor und während der Konferenz in Locarno nicht nur nicht hervorrief, sondern sorgsam ablehnte,

da sie der Überzeugung war, daß unter den gegenwärtigen Umständen die moralische und materielle Kraft der Verträge des italienischen Volkes die stärkste Garantie für die Brennergrenze bildet.

Ich möchte jetzt noch kurz einige weniger bedeutsame Behauptungen in der Rede des deutschen Reichsaussenministers widerlegen. Dieser hat sich darüber beklagt, daß ich dem Reichsrath von Neurath gegenüber erklärt hätte, die italienische Regierung würde auf einen Boykott durch einen Gegenboykott geantwortet haben. Was will man denn? Will man, daß Italien passiv den Boykott seiner Waren hinnimmt und die deutschen Waren frei einführen läßt?

Dr. Stresemann erhob Einspruch gegen das, was ich bezüglich der deutschen Touristen gesagt habe. Ich bestätige erneut, daß wir ein gastfreundliches Volk sind und bleiben werden, aber wir dulden nicht, daß

die Gäste überheblich herrische Mienen zur Schau tragen und uns ihr Geld ins Gesicht werfen, als ob Italien keine andere Erwerbsmöglichkeit besäße.

Zahlreiche Deutsche kennen vielleicht nicht das Italien der Acker, der Werkstätten und der Berge, das Italien, das sehr gut leben könnte, selbst wenn künftig kein einziger Deutscher über die Alpen kommen würde.

Ich habe das Denkmal und die Erinnerung an Walter von der Vogelweide respektiert, aber ich habe es großartig gefunden, daß man ihm Danke gegenüberstellen will. Ich verleihe nicht, daß ich 1920 über die Möglichkeiten Deutschlands geschrieben habe, aber das

Italien, das ich in einem Regiment vertrete, welches nicht eine Epilode, sondern eine Epoche darstellt,

beugt sich nicht vor Vormundhaft und Anmaßung, von wem es auch sei, und kennt keine Fremdschaften, die nicht auf vollkommener politischer und moralischer Gleichberechtigung beruhen.

Hinsichtlich der Entnationalisierung des Gebietes an der oberen Etsch verwehrt Dr. Stresemann absichtlich eine Entnationalisierung, die nicht vor sich geht, mit der einfachen Anwendung der italienischen Gesetze.

Es ist un wahr, daß an der oberen Etsch Gewalt oder Terror herrschen,

wie der böhmische Ministerpräsident Heß behauptete und wie dies in abgeschwächter Form Dr. Stresemann wiederholt. Daß die deutsche Presse gelogen hat, geht aus den Erklärungen der fremdstämmigen Lehrer, Hoteliers und Sanaliden im oberen Etschgebiet hervor, die, ohne daß ein Druck auf sie ausgeübt wurde, ihren Sympathien für die italienische Regierung und ihrer Enttäuschung über die von jenseits des Brenner stammenden Märscher und Phantasien Ausdruck gaben. Ich habe kaum nötig, zu wiederholen, daß unsere Politik im oberen Etschtal eine Politik ist, die ich als

Politik der „römischen Gerechtigkeit“

bezeichnet habe, in diesen Gebieten fortgesetzt werden wird, die man mit viel Redheit in den Kreis der deutschen Kulturgemeinschaft einbezogen will, während für uns das obere Etschtal in die politische, geschichtliche, geographische, wirtschaftliche, moralische italienische Kulturgemeinschaft gehört. Stresemann hat versprochen, daß Deutschland seine Haltung gegenüber den fremden Minderheiten innerhalb der Reichsgrenzen ändern wird. Ich nehme davon für die Zukunft Kenntnis. Aber für die Gegenwart ist es Wahrheit, daß die Deutschen keine Schulen mit polnischer Sprache in den Gebieten dulden, wo polnische Minderheiten leben und ebenso wenig in Gebieten, wo bannische Minderheiten vorhanden sind. Es ist eine Nachricht aus der allerjüngsten Zeit, wonach verschiedene bannische Verbände in Schleswig an den preussischen Ministerpräsidenten eine Denkschrift gerichtet haben sollen, mit der sie ihn auffordern, in Betracht zu ziehen, daß die bannische Bevölkerung in Schleswig seit sechs Jahren darauf wartet, daß man ihnen kulturelle Freiheit gewährt, die, soweit es die Schulfrage betrifft, mit der verglichen werden kann, die die deutschen Minderheiten in Dänemark genießen. Herr Reichsminister Stresemann! Nehmen Sie den Balkan aus dem deutschen Auge, bevor Sie den kleinen Splitter im italienischen Auge suchen! Mit diesem Fall ist bewiesen, daß, wenn die Desterreicher und Deutschen gesiegt hätten, so wäre alles, was italienisch ist, vom Brenner bis Garda brutal vernichtet worden.

Mussolini erklärte weiter: Die kurze Debatte der letzten Tage hat nicht zwei Minister einander gegenübergestellt, sondern zwei Auffassungen über eine verwickelte und heikle Lage. Daher rührt das in der gesamten Welt nachgerulene Interesse und die Erregung. Jetzt, wo die Schleier gefallen sind, erscheint die Lage außerordentlich klar.

Deutschland beabsichtigt also innerhalb und außerhalb des Rätterbundes den geistigen Schutz aller in der Welt lebenden Deutschen zu übernehmen, sogar der wenig zahlreichen Deutschen im Oberetschgebiet.

die vor dem Kriege nicht Staatsangehörige des Deutschen Reiches waren. Das muß man sich merken und aufmerksam darüber nachdenken. Ich erkläre aber nicht weniger bestimmt:

1. Die fremdstämmige Bevölkerung im Oberetschgebiet gehört nicht im geringsten zu denjenigen Minderheiten, die Gegenstand besonderer Abkommen in den Friedensverträgen waren.

2. Italien wird sich in keine Debatte über diesen Gegenstand einlassen, in seiner Verklammerung und in keinem Falle. Daher ist die Entschliebung des Tiroler Landtages vollkommen hinfällig.

3. Die falschliche Regierung wickelt sich mit der größten Energie jedem doratischen Plan widersetzen; denn sie würde sich eines wahrhaften Verbrechens am Vaterlande für schuldig halten, wenn wegen 100 000 Deutschen, die auf italienischem Boden herabstiegen, irgendeine Sicherheit und Friede von 42 Millionen Italienern in Frage gestellt werden sollten, die sicherlich den homogensten und geschlossensten nationalen Block bilden, den es in Europa gibt.

Das sind keine Drohungen, für die zweideutige Zweifel gelten können. Das sind Aeußerungen der Würde und Kraft, die durch die Wirklichkeit niemals dementiert werden können, wie sie auch dem neuen Italien eigen sind, demgegenüber allzu viele Deutsche, die bei der alten Geschichtsschreibung hängen geblieben sind, den schweren Fehler haben, es noch nicht zu kennen. Der Senat mit seinem feinen Gefühl der staatsbürgerlichen Verantwortung hat bemerkt, daß die Diskussion dieser Tage grundlegende Fragen berührt. Grundlegend und lebenswichtig ist nicht nur die Frage der Unverletzlichkeit der Brennergrenze, die Stresemann, und ich sage ihm großen Dank dafür, uns rechtlich auf Grund der Friedensverträge zuerkenn, sondern auch alles was von dieser Unverletzlichkeit herrührt. Der Senat erinnert sich daran, daß von 1866 bis 1915 die italienische Nation unter der alten unsinnigen Grenze des Trentins gelitten hat, wie unter einem Koffer, der der Feind mit der Schneide von den Alpen bis zu den Ufern des Po vorstieß. Diese Grenze

bildete einen der bedrückendsten Aspekte unseres nationalen Dramas, das 1866 unterbrochen, aber 1918 mit dem Sieg unserer Waffen glücklich abgeschlossen wurde. Dieses Wort ist endgültig und unverrücklich. Wenn ich so spreche, so glaube ich tatsächlich der Dolmetscher des ganzen italienischen Volkes zu sein.

Die Rede des italienischen Ministerpräsidenten wurde oft von sehr lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Die marfantersten Stellen wurden von ungeheurer Beifall begleitet. Dreimal erhoben sich die Senatoren von ihren Plätzen, um Mussolini zu huldigen. Man weist auf die besondere Bedeutung dieser Kundgebung hin, da der Senat sonst mit solchen Kundgebungen sehr sparsam ist.

Nach dieser eindrucksvollen Kundgebung erklärte Senatspräsident Tittoni, daß er diese gewaltige Kundgebung der vollkommenen Uebereinstimmung mit dem Regierungshaupt im Protokoll eintragen lassen werde.

Herr Mussolini, der nur „antirethorische“ Reden hält — wie mögen dann erst „rethorische“ aussehen! — freut sich über die eingetretene Klärung. Diese Freude teilen wir. Er ist mit den Rückwirkungen seiner Rede zufrieden. Wir sind es auch.

Es ist vollkommen klar, daß das „volle italienische Recht“ darin besteht, unter Bruch feierlicher Versprechungen das Deutschtum in Südtirol auszurotten, der „unsinnige deutsche Anspruch“ aber darin, diese Maßnahme in Wort und Schrift kritizieren zu dürfen.

Dieses Recht der Kritik nehmen wir selbstverständlich auch gegenüber der Tschechoslowakei in Anspruch, deren neue Sprachverordnung nicht vernichtender verurteilt werden kann als dadurch, daß sie Herr Mussolini mit seinen Südtiroler Maßnahmen in Parallele stellt. Uebrigens können in der Tschechoslowakei die Deutschen immer noch Zeitungen herausgeben und im Parlament, wenn es tagt, ihre Meinungen vertreten.

Herr Mussolini hat sich diesmal bemüht, Schimpereien und Drohungen zu vermeiden, seine brutale Politik gegen Südtirol versucht er aber immer noch zu verteidigen, und er scheint entschlossen, an ihr festzuhalten. So wird auch das Urteil über sie fortbestehen. Es dürfte aber an der Zeit sein, nach Abschluß dieser klärenden Auseinandersetzung zur Korrektheit der offiziellen deutsch-italienischen Beziehungen zurückzukehren.

Die Mörder drohen.

Professor Salvemini soll das nächste Opfer sein.

In London hat der berühmte italienische Historiker Professor Gaetano Salvemini auf Einladung des vornehmen National Liberal Club einen Vortrag über Italien gehalten, der natürlich das Faschistenregime gebührend kennzeichnete. Und das unter dem stürmischen Beifall der Führer der englischen Linksparteien. Daraufhin schreibt das römische offizielle Ueberwachungsblatt „Impero“ in einer Betrachtung über die Anwendung des Gesetzes gegen die italienischen Emigranten wörtlich folgendes:

Im dem Fall des Professore Salvemini zum Beispiel gibt es nur eine Lösung: Ein ehrloser Tod. Wir wünschen uns, daß die geeignete Hand eines vom heiligen Vater besessenen im Zustand des Mittel finden möge, für immer dieses schändliche Verrätermahl zu schließen — durch einen Dolchstoß.

„Impero“ ist, wie gesagt, ein offizielles Blatt. Seine Aufforderung zum Mord ist also eine Regierungsempfehlung. Wer wird von dieser Regierung anderes erwarten?

Preußen baut.

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Auf Anregung des preussischen Finanzministers hat das preussische Staatsministerium beschlossen, zur Vinderung der Arbeitslosigkeit schon jetzt ein Drittel der für das Haushaltsjahr 1926 vorgesehenen Mittel für Bauunterhaltungen und für Veränderungen und Ergänzungsbauten den Ministerien zur Verfügung zu stellen. Dieser Gesamtbetrag beläuft sich auf etwa 12 Millionen Mark. Ferner hat das Staatsministerium im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung beschlossen, zur Vermeidung von Störungen bei der Fortführung bereits begonnener Bauten und zur Ermöglichung der Inangriffnahme neuer Bauten für eine größere Anzahl im einzelnen bezeichneter Bauten die für die nächsten drei Monate erforderlichen Beträge sofort bereitzustellen, falls nicht aus dem laufenden Rechnungsjahr noch Mittel dafür zur Verfügung stehen. Auch hier handelt es sich schätzungsweise um etwa 10 Millionen Mark.

Arbeiterchaft und Wirtschaftsnot.

Kurzarbeiterunterstützung und Erhöhung der Erwerbslosensunterstützung.

Der soziale Ausschuss hat am 10. Februar beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, in der geplanten Verordnung zur Kurzarbeiterunterstützung folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Am Beginn der Unterstützungstage soll keine Unterscheidung zwischen ledigen und Verheirateten gemacht werden.

2. Die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn, den Vollerwerbslose erhalten. (Ein sozialdemokratischer Antrag, den 2. ausgefallenen Arbeitstag als Unterstützungstag gelten zu lassen, wurde abgelehnt.)

3. Es soll in den Ausführungsbestimmungen die Möglichkeit geschaffen werden, auch in solchen Fällen Kurzarbeiterunterstützung zu gewähren, bei denen keine vollen Tage ausfallen.

Genosse Dismann erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß, falls die Reichsregierung dieses Mindestmaß an sozialen Sicherungen in der geplanten Verordnung nicht berücksichtigen sollte, die Sozialdemokratie sich die Vorlegung eines eigenen Initiativgesetzes vorbehalte. Abgesehen wurde in die Debatte über die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen eingetreten. Gegenüber einer Regierungserklärung, wonach keinerlei Aenderung der jetzigen Sätze eintreten soll, verwies Genosse Kuschauer darauf, daß die bürgerlichen Parteien bei der letzten Regelung im Dezember diese ausdrücklich als ein Provisorium bis zur Bildung der neuen Regierung bezeichnet hätten. Nach dem sozialdemokratischen Antrag sollen die Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 Proz., der Zuschlagsempfänger um 15 Proz. und der Höchstbetragsgrenzen um 15 Proz. erhöht werden.

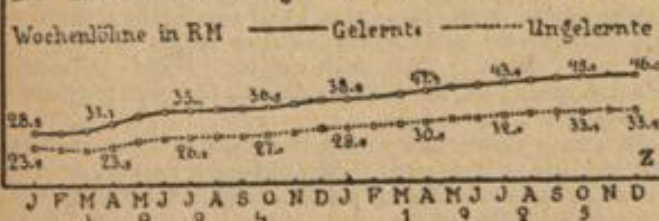
Gewerkschaftsbewegung

Zur Lohngestaltung.

Die Lohnspanne zwischen Gelehrten und Ungelernten.

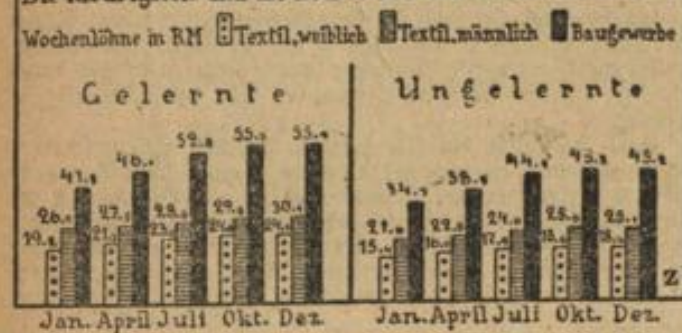
In der folgenden Darstellung über die Lohnentwicklung in den letzten zwei Jahren auf Grund der Erhebungen der Reichsarbeitsverwaltung ist die allmähliche Verbreiterung der Lohnspanne, die im Januar 1924 rund 5,3 Proz. betrug und bis Dezember 1925 auf 12,1 Proz. gestiegen war, deutlich zu erkennen. Sobald es sich um

Die Lohnentwicklung in Deutschland 1924 u. 1925



die Erhöhung der Löhne der Ungelernten handelte, verwiesen die Unternehmer stets darauf, daß sie die Löhne nicht erhöhen könnten, weil die Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelerten Arbeiter größer werden müsse. In der Inflationszeit war diese Spanne allerdings mehr und mehr zusammengeschrumpft, weil die Gelehrten samt den Ungelernten um ihren Lohn geprellt wurden. Je niedriger die Löhne der ungelerten Arbeiter umso niedriger auch die der Gelehrten. Inzwischen hat sich zwischen den Löhnen beider Kategorien wieder eine stabile Spannung herausgebildet. Gelehrte wie Ungelernte werden dafür sorgen müssen, daß sie bei den notwendigen Lohnerhöhungen keine nennenswerte Verschiebung erfährt.

Die niedrigsten und die höchsten Löhne in Deutschland 1925



Der Vergleich, den das zweite Bild bietet, hängt insofern, als den Löhnen der in normalen Zeiten gleichmäßig das ganze Jahr hindurch beschäftigten Textilarbeiter und -arbeiterinnen die Löhne der Saisonarbeiter des Bauverwe gegenübergestellt werden. Die nominal höchsten Löhne der Bauarbeiter werden nur in der Zeit bezahlt, in der der Bauarbeiter arbeiten kann, nicht aber dann, wenn ihn Blitterungsverhältnisse daran hindern. Nur ein Vergleich der jährlichen Arbeitseinkommen in beiden Gewerben würde ein zutreffendes Bild ergeben.

Die Funktionäre des Verkehrsbundes.

In einer sehr stark besuchten Funktionärerversammlung nahm der Verkehrsbund am Dienstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses zu dem jetzt aktuellen Thema Stellung: Wirtschaftskrisis, Unternehmertum und Arbeiterchaft. Das einleitende Referat hielt Bundesvorsitzender Anton Reihner. Die Lage der Arbeiterchaft ist abhängig vom Stande der Wirtschaft. Gute Konjunkturen schaffen für die Arbeiter Aufstiegsmöglichkeiten und vermeiden die Arbeitslosigkeit, absteigende Konjunkturen bringen Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiterklasse. Absurd sei der radikal schillernde Standpunkt, daß das Elend erst abgegründet werden müsse, bevor ihm gründlich abgeholfen werden kann. Mit einer verelendeten Arbeiterchaft können wir nicht vorwärts, da dann alle erforderlichen Voraussetzungen fehlen. Die Vorgänge in der Wirtschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit haben gezeigt, daß die deutschen Unternehmer keine umsichtigen Wirtschaftsführer sind. Ihre verfehlten Maßnahmen haben viel zu dem heutigen Wirtschaftstiefstand beigetragen. Von den Gewerkschaften sind zur Verhütung der Wirtschaftskrisis Vorschläge gemacht worden, deren Befolgung eine Katastrophe im heutigen Ausmaße verhindert hätten. Den Unternehmern fehle die innere Verbundenheit mit der Volksgemeinschaft; sie betrachten sich als unerschütterliche Wirtschaftsdiktatoren.

Der internationale Warenaustausch ist völlig ins Stocken geraten, und der nationale Warenaustausch wird durch niedrige Löhne und Lebensmittelpreiserhöhung unterbunden. Einen einigermaßen gangbaren Weg aus der ganz vermorrenen Situation zu finden, ist schwer und fraglich, ob er mit nationalen Kräften allein erlangt werden kann. Deutschlands industrieller Aufstieg war erst möglich, als in Deutschland die Kleinfabrikerie mit ihren Zollgrenzen verschwand. Europa befindet sich heute wirtschaftlich in der gleichen ungünstigen Lage. Seine Zollschranken, die dem auszutauschenden Produkt hinderlich sind, weil sie es verteuern, müssen fallen. Da die Wirtschaftskrisis alle europäischen Staaten erfasst und sie in die Schlammsut hineinzuziehen droht, wird die Forderung einer europäischen Wirtschaftseinheit immer dringender werden.

Der Bezirksleiter Dr. Mann ergänzte den Vortrag durch den Hinweis, daß die Berliner Arbeiterchaft vor großen Kämpfen stehe. Nicht nur in der Metallindustrie werden gewaltige Kämpfe zum Austrag kommen, auch das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe wird dabei nicht verschont bleiben. Tarifkündigungen und Kündigungen der sozialen Bestimmungen, wie der Mantelverträge haben bereits stattgefunden und weitere stehen zu erwarten. Die Arbeiterchaft muß sich dieser Situation bewußt werden, wenn sie Ansprüche auf ihr Tarifrecht erfolgreich abwehren will. Eine geschlossene Organisationsfront ist daher jetzt notwendiger denn je. In diesem Sinne müssen die Funktionäre tätig sein.

In einer längeren Diskussion, die mit größter Sachlichkeit geführt wurde, kam allseitig zum Ausdruck, daß jeder Versuch, die Löhne abzubauen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern ist. In gleicher Weise sei für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften einzutreten. Die Funktionäre verpflichteten sich, die gewerkschaftliche Front zu stärken und sich für Abwehraktionen bereitzuhalten.

Generalversammlung der Bekleidungsarbeiter.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin, hatte am Dienstag in den Armintal seine Vierteljahres-Generalversammlung.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Siegel vom Ortsausschuß des UDB, einen instruktiven Vortrag über die

Achtung! SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Sammellisten für den Volksentscheid nur von den Abteilungen herausgegeben werden. Jeder Betriebsfunktionäre ist verpflichtet, von der zuständigen Abteilung die Listen in Empfang zu nehmen und in Umlauf zu bringen. — Sorgt dafür, daß alle Arbeiter ihr Scherflein zum Gelingen der guten Sache beitragen!

Aufgaben des Landesarbeitsamts. Er schilderte der Versammlung den Aufbau dieser Behörde, deren Leiter der Stadtrat Genosse Brühl ist, und betonte, daß eine Verringerung der Geschäftsleitung nicht erwünscht sei, da an der Tätigkeit des Genossen Brühl nichts auszusetzen sei. Er wandte sich weiter gegen die Bestrebungen des Magistrats, die ohnehin schon kümmerliche Selbstverwaltung des Landesarbeitsamts weiter beschränken zu wollen. Ebenso müsse den Verträgen entgegengetreten werden, die öffentlichen Arbeitsnachweise mit Beamten zu durchsetzen, da dadurch der Einfluß der Gewerkschaften beeinträchtigt wird.

Anschließend gab der Kassierer Kotsch den Kassenbericht für das 3. und 4. Quartal 1925. Danach balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 141 664,97 M., die der Lokalkasse mit 70 711,16 M. Der Mitgliederzuwachs beträgt im 4. Quartal 497, der Mitgliederbestand am Schlusse des Berichtsjahres 10 042.

Auf dem Arbeitsnachweis sind zurzeit rund 21 000 erwerbslose Bekleidungsarbeiter und -arbeiterinnen eingetragen. Genosse Lehmann kritisierte zum Schluß noch die eigenmächtigen Entlassungen von Arbeitern, die eine glatte Richtschnur der Entlassungsverordnung sind. Da auch die Beschwerde der Organisation gegen unzulässige Entlassungen vom Oberpräsidenten mit unzutreffenden Gründen zurückgewiesen werden, müssen die Gewerkschaften auf den Erlass einer Roteverordnung dringen, die die Arbeiter gegen willkürliche Entlassungen schützt. Er erwähnte die Versammlungen weiter, angesichts der rücksichtslosen Tarifkündigungen und Lohnabbaumaßnahmen für die Organisation zu werden, um den Generalturm der Unternehmer aufhalten zu können.

Im Röhrenhandel wie überall.

Das Lohnabkommen im Röhrenhandel war von den Unternehmern zum 31. Dezember gekündigt worden, in der jetzt bei allen Unternehmern üblichen Absicht, den bestehenden Lohn um etwa 10 Proz. zu kürzen. Da die Kündigung nicht rechtzeitig erfolgt war, lief das Lohnabkommen noch bis zum 28. Januar. Die Unternehmer wollten anfangs die Löhne schon von der anschließenden Lohnwoche abbauen, gaben aber diesen Standpunkt in der Verhandlung mit den Organisationsvertretern am 3. Februar auf. Eine Einigung konnte in den Verhandlungen jedoch nicht erzielt werden, da sich die Arbeitervertreter jedem Lohnabbau widersetzen. Die Unternehmer erklärten schließlich, den Schlichtungsausschuß zur Regelung der Streitfrage anzurufen.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Schlichtungsausschuß den Wünschen der Unternehmer entgegenkommen wird, da jeder Lohnabbau bei dem guten Organisationsverhältnis in dieser Gruppe zu ernsthaften Kompensationen führen würde.

Lohnkonflikt im Dunggroßhandel.

Um nicht in dem Reigen der abbauwütigen Unternehmer zu fehlen, haben auch die dem Arbeitgeberverband des Großhandels angeschlossenen Dunggroßhändler den Lohnarif zum 29. Januar gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne um 15 Proz. verlangt. Da die direkten Verhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Ergebnis führten, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen.

Hier erklärten die Unternehmer, von dem Lohnabbau Abstand nehmen zu wollen, wenn die Organisationsvertreter ihre Zustimmung geben würden, zu einer höheren Arbeitsleistung

als im Tarifvertrag festgelegt ist. Die Arbeitervertreter konnten sich zu diesem Vorschlag nicht entscheiden, so daß die Schlichtungsverhandlungen unterbrochen werden mußten.

Eine gut besuchte Versammlung nahm zu dem Vorschlag der Unternehmer Stellung und lehnte ihn einstimmig ab. Nunmehr wird der Schlichtungsausschuß nochmals zu der Angelegenheit Stellung nehmen und seine Entscheidung fällen müssen.

Da auch in dieser Gruppe ein sehr gutes Organisationsverhältnis besteht, ist mit der Arbeitsleistung zu rechnen, wenn der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch zugunsten der Unternehmer fällen würde oder diese schon vor der Entscheidung des Schlichtungsausschusses Lohnkürzungen vornehmen sollten.

Die überflüssige Demonstration.

Wir haben bereits vorher gezeigt, wie unter Vorpiegelung falscher Tatsachen die Kraftdroschkenführer zur Mitwirkung an der Demonstration der Unternehmer veranlaßt werden sollten. Zweifellos haben die Herrschaften ihr wirtschaftliches Uebergewicht dazu benutzt, um einen Teil der Führer zu bewegen, ihnen Gefolgschaft zu leisten. Das Allgemeininteresse muß keinen Gruppeninteressen voraus gehen.

Die gestrige Kundgebung verlief programmgemäß, vom Friedrichshain bis zum Alexanderplatz, wo eiliche Kraftdroschken zum Fahren bereitstanden. Die betreffenden Chauffeure wurden umzingelt und unter Drohungen zur Solidarität mit den Kraftdroschkenbesitzern aufgefordert. Schließlich mußte ein Schupoangebot eingreifen, um die Führer in Schutz zu nehmen, die sich zum Demonstrieren nicht zwingen lassen wollten.

Schiedspruch für die Kallindustrie.

Am 9. und 10. Februar 1926 fanden in Berlin Schlichtungsverhandlungen über die Schaffung eines neuen Mantelarifvertrages und der Arbeitszeitregelung für die Kallindustrie statt. Der Mantelarifvertrag wurde durch Schiedspruch mit einigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt. Die wesentliche Änderung bezieht sich auf das Schlichtungsverfahren und auf die Entscheidung über Streitfälle aus dem Mantelarifvertrag.

In der Arbeitszeitfrage wurde die bisherige Regelung mit einigen Änderungen ebenfalls beibehalten. Hier ist die hauptsächlichste Änderung die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit an Sonnabenden. Die Arbeitszeit für die Sonnabendnacht betrug bisher ebenfalls zehn Stunden über Tage und acht Stunden unter Tage ausschließlich Ausfahrt. Vom 1. März 1926 ab soll die Arbeitszeit über Tage an Sonnabenden nur acht Stunden betragen und die Schichtzeit für die Frühlicht um 2 1/2 Uhr nachmittags und für die Nachtlicht um 11 Uhr nachts beendet sein. Für die Arbeiter unter Tage tritt an Sonnabenden eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde ein. Die Regelung der Arbeitszeit über Tage an Sonnabenden erstreckt sich nicht auf kontinuierliche Betriebe. In diesen wird die bisherige Schichtzeit beibehalten. Den Arbeitern in den kontinuierlichen Betrieben wird jedoch die über acht Stunden währende Arbeitszeit als Ueberarbeit mit dem tarifmäßigen Ueberlöhnszuschlag bezahlt.

Diese Regelung ist bis zum 31. Dezember 1926 vorgeschlagen. Sie ist mit vierteljährlicher Kündigung erstmalig am 1. Januar zum 31. März 1927 kündbar. Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches haben sich die Parteien bis zum Montag, den 15. Februar zu entscheiden.

Dieser Schiedspruch läßt deutlich erkennen, daß die Zeit zu Verhandlungen für die Arbeiterchaft jetzt nicht günstig ist.

Verfälschterung in Deutsch-Oberschlesien.

Breslau, 10. Februar (Eigener Drahtbericht). In Deutsch-Oberschlesien hat sich die Arbeitsmarktlage in der letzten Zeit weiter verschlechtert. Größere Betriebe, besonders der Stahl- und Eisenbranche, haben wieder Entlassungen vorgenommen. Ingesamt betrug in der letzten Woche die Zahl der Arbeitslosen in Deutsch-Oberschlesien über 42 000, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger über 85 000, während noch nicht einmal 400 Arbeitsplätze als offen gemeldet waren.

Eisenbahnerstreik in Elsass-Lothringen?

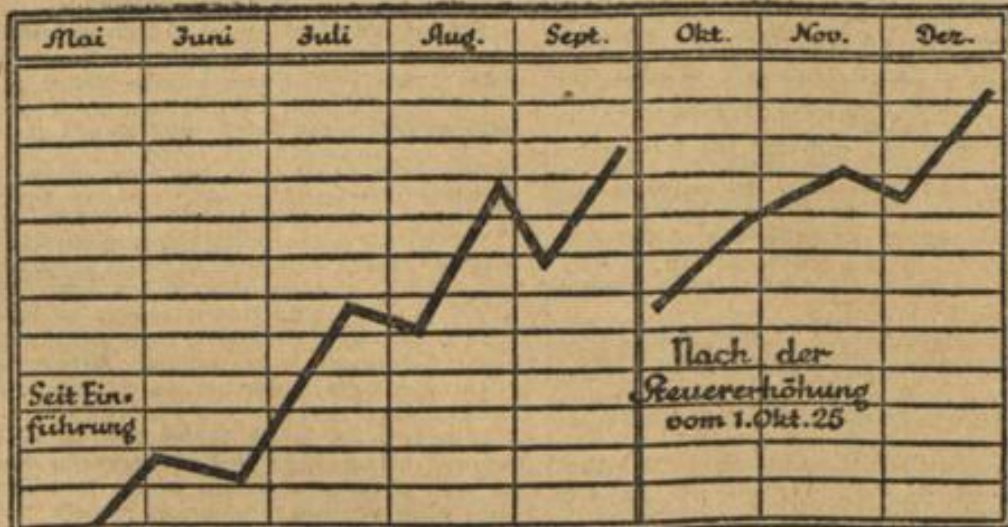
Paris, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht). Das Aktionskomitee des Gewerkschaftsverbandes der elsass-lothringischen Eisenbahner, das den Streik beschlossen hat, fordert in einer Proklamation u. a. Erhöhung der Löhne und Gehälter, Bewilligung einer Teuerungszulage, Durchführung des Achtstundentages und Reform des Personalstatus. Außerdem werden die anderen Angestelltenverbände Elsass-Lothringens aufgefordert, sich der Bewegung anzuschließen. — Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten teilt mit, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um im Falle eines Streiks den Verkehr wenigstens teilweise aufrecht zu erhalten.

Die Einheitsfront in der Transportarbeiterföderation.

Amsterdam, 10. Februar. (Eigener Bericht). Die britisch-indische Eisenbahnergewerkschaft mit dem Sitz in Kalkutta hat sich jetzt der Transportarbeiterinternationale angeschlossen. Die Organisation zählt 60 000 Mitglieder.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N. O., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Graf Krentz; Wirtschaft: Arno Baerwald; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schilowatz; Lokale und Einzelne: Erik Kahlert; Anzeigen: Th. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



DIE UMSATZKURVE der ACO-SILBER
beweist besser als Worte
die dauernd steigende
Anerkennung.

Die Constantin-Cigarette mit dem aus reinem Aluminium hergestellten Mundstück 53



Schon Justus von Liebig hat es sich zur dankenswerten Aufgabe gestellt, der Menschheit darin nützlich und dienlich zu sein, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse auf dem Gebiete der angewandten Chemie für die Lebenspraxis zu verwerten. Und so bemühte sich auch unsere moderne chemische Industrie in der Folge nach Möglichkeit, allen Ansprüchen des täglichen Lebens gerecht zu werden und dort vor allem helfend einzugreifen, wo uns die Natur so manches stiefmütterlich verlagte. Es wurden so auf allen Gebieten Erfindungen geschaffen, und ein besonderer Teil der synthetischen Chemie ist u. a. die Aufbereitung künstlicher Riechstoffe.

Blumendüfte.

Bezüglich der Fabrikation der künstlichen Riechstoffe ist uns die Natur wiederum Lehrmeisterin geblieben; denn nur dadurch sind wir zur künstlichen Darstellung der Gerüche gelangt, daß wir erst das Wesen und die Zusammenfassung der natürlichen Duftträger ergründeten. Allerdings weisen sehr viele künstliche Riechstoffe in ihrer Darstellungsmethode oft vollständig ab von der natürlichen Zusammenfassung der Riechstoffträger in den Blüten. Das beweist uns schon die Konstitution eines unserer allgerühmtesten künstlichen Duftstoffe: das Nicotyl (Nikotenzol), welches bekanntlich in einfachster Weise durch Eintragen von Benzol in kalte rauchende Salpetersäure erhalten wird; setzt man der entstandenen Lösung Wasser zu, so fällt Nikotenzol als gelblich dicke Flüssigkeit aus, die giftig ist, stark nach Bittermandeln riecht und meist nur noch für die Parfümierung gewisser Seifen als Ersatz für Bittermandelgeruch in Frage kommt. Infolge der anerkannten gittigen Eigenschaften ist allerdings die Anwendung dieses Stoffes am besten auszuschalten. Einen bei weitem vollwertigeren Ersatz des Bittermandelgeruchs dürfte indes schon der Benzaldehyd darstellen, der ja an sich schon ein Hauptbestandteil des ätherischen Bittermandelöls ist, künstlich aber entweder durch Destillation eines benzolhaltigen mit einem ameisensauren Salz erhalten werden kann oder durch Erhitzen von Benzolchlorid mit Wasser. Der Benzaldehyd ist ebenfalls eine dicke Flüssigkeit mit charakteristischem Geruch und muß unter vollständigem Luftschutze aufbewahrt werden, da sich sonst der Aldehyd durch Einwirkungen des atmosphärischen Sauerstoffs rasch zu Benzoesäure unter reichlicher Kristallbildung oxydieren würde.

Unter den synthetischen Riechstoffen spielen auch sog. „einwertige Alkohole“ eine ganz hervorragende Rolle. So bildet z. B. das „Geraniol“ den Hauptbestandteil der ätherischen Öle von Geranium, Pellargonium, Rosen und Zitronella. Es ist ein primärer Alkohol noch ausgesprochenem Rosenduft. Das „Citronellol“, das gleichzeitig auch in Rosenöl oft bis zu 30 Proz. vorkommt, zeigt den spezifischen Rosenduft ebenfalls, doch in feinerer Art. Das „Linalol“ oder der „Linalyl-Alkohol“ dient mit zur Darstellung von künstlichem Nagelkäseparfüm. Es ist ein „olefinischer Terpen-Alkohol“. Durch Oxydation wird es ähnlich dem Terpentindiol ziemlich zähflüssig. Linalol kommt in einer ganzen Reihe von ätherischen Ölen vor,

wie im Bergamott-, Lavendel-, Thymianöl usw. — Auch das „Nerol“ ist ein aromatischer, primärer Alkohol und kann sehr wohl in der Parfümerie das Geraniol übertreffen, da es den ursprünglichen Geruch in viel frischerem, rosensähnlichem Odeur erkennen läßt. Nebenher wirkt der Rapsölmeihyläther, der als „Nerolin“-Al oder „Java-Java“ noch weiter bekannt ist und das Nerolin- oder Orangenblütenöl wohl am besten zu ersetzen vermag. Als „Nerolin“-Neu, auch Bromelia wird ein Rapsölmeihyläther zu billigen Seifenparfüms verwendet. — Einer besonderen Erwähnung bedarf das „Citral“, das zwar der ausgesprochene Riechstoff des Zitronenöls und der Hauptbestandteil des Lemongrasöls ist, aber u. a. zur Darstellung eines weiteren synthetischen Riechstoffes, nämlich des „Jonon“ als Beizenparfüm dient. Die dicke Flüssigkeit von ursprünglich eigenartigem Zedernholzgeruch gibt einen neueren Beweis, daß Riechstoffe und vor allem synthetische Riechstoffe nur in starker Verdünnung angenehm auf die Geruchsnerven wirken können und auch nur so die natürlichen Blütenessenzen herbeizubringen. Jonon entsteht beispielsweise durch Einwirkung von Aceton auf Citral oder überhaupt durch Einwirkung saurer Agentien auf Pseudo-Jonon, das als Citralidenaceton zu bezeichnen ist. Wenn schon erörtert wurde, daß jeder Riechstoff, sei er natürlicher oder synthetischer Herkunft, niemals in konzentriertem Zustande den zarten Geruch ergibt, so läßt sich in dieser Beziehung in des Wortes vollster Bedeutung die Behauptung der Extreme in bezug des umgekehrten Verhältnisses der Geruchswirkung aufs deutlichste erkennen bei den Duftträgern des „Jasmin“.

Woraus „Wohlgerüche“ gewonnen werden . . .

Es ist eine völlige Verkennung der Tatsachen, daß jeder Wohlgeruch, wenn er überhaupt als solcher wirken soll, schon in den Grundstoffen an sich wohlfriehend sein müßte. So ist z. B. ein Grundstoff des angenehm duftenden Jasmin das „Indol“, ein Körper, welcher sogar in den menschlichen Exkrementen vorkommt und in rohem Zustande, in konzentrierter Form, einen ekelhaft süßlichen Geruch verbreitet — ein Beispiel für die entgegengesetzte physiologische Wirkung großer und kleiner Mengen ein und desselben Stoffes. Das Indol findet sich ebenso im ätherischen Jasmin — wie im Orangenblütenöl und im Steinkohlenteer; es läßt sich aus Indigo zurückföhren, ebenso wie ein weiterer Bestandteil des Jasminöls der Anthrakylsäuremethylester, welcher aus der für die Indigoaufbereitung so außerordentlich wichtigen Anthrakisäure hervorgegangen ist. Das Jasminöl, das sich ja ohnehin aus einer ganzen Reihe einzelner Geruchsträger zusammensetzt, wird noch weiter substituiert durch das „Benzylacetat“, einen farblosen Öl, das kräftig jasmintähnlich riecht. In der gesamten Parfümerie kommt wieder der alte Erfahrungssatz zur Geltung, daß überhaupt einzelne Blütenessenzen fast niemals befriedigend wirken können, sondern immer erst durch Zusammenwirkung mehrerer Stoffe, um die natürlichen Blumen- oder Kompositionserüche zu erlangen, und dies ist um so notwendiger bei der Bewertung von synthetischen Riechstoffen! —

Die Chemie hat es sich ferner nicht entgehen lassen, daß das riechende Prinzip der Vanilleschoten, das „Vanillin“, in der Natur in den koniferen Hölzern vorkommt, ebenso wie im Peru- und Tolubalsam, im Styrax, ja sogar im Spargel. Vanillin hat gewisse Beziehungen zu dem „Koniferin“ unserer Nadelhölzer, aus denen es ursprünglich gewonnen wurde. — Nachdem aber nun auch die Duftsubstanz des Keffenöls im „Eugenol“ erkannt ist und von diesem aus, durch Umlagerungen „Joenugenol“ gebildet wird, bemühte man das letztere zur fabrikatorischen Darstellung von Vanillin. Das Joenugenol, das wiederum ein spezifischer Riechstoff des Muskatnöhls und des Mang-Niangöls ist, ergibt eben in seiner Verbindung mit Essigsäure das ursprüngliche Ausgangsprodukt für die Vanillinbereitung. Vanillin ist bekanntlich kristallinisch. Ein weiterer Kristallriechstoff ist das „Cumarin“, das Prinzip des Waldmeisteraromas; es findet sich auch sonst noch im Steinklee, in den Tonkabohnen, in Rudgras usw. und wird durch Erhitzen von Salicylsäuredehyd mit Natriumacetat erhalten. Das „Sylotrophen“ kommt nur in ganz geringer Menge natürlich in der peruanischen Vanille vor und wird künstlich durch Oxydation von Piperinsäure gewonnen; es entwickelt ausgesprochenen Geruch nach Sylotrophblüten. Sehr beliebt ist selbst für die verwöhntesten Geruchsnerven ein zarter Fliederduft, und auch hierfür kam uns die Chemie der synthetischen Riechstoffe entgegen: ich ausgiebigste Verwendung von „Terpineol“, das, wie schon der Name sagt, durch eine Umwandlungsprojedur des Terpentindöls erhalten wird und wiederum eine dicke Flüssigkeit ist. Ein beliebter Riechstoff ist ferner der Duftträger der Weißdornblüte (Kubepine), den der Chemiker im „Anisaldehyd“ isolieren konnte.

Moschus.

Nachdem wir nun die hauptsächlichsten Erfindungen der Blüten und Blütenessenzen einer entsprechend Würdigung unterzogen haben, wollen wir noch in Kürze die synthetische Darstellung eines animatilschen, d. h. tierischen Duftträgers kennen lernen, wie es beispielsweise „Moschus“ ist. Der natürliche Moschus ist das getrocknete Sekret der Moschushentel, jener drüsenartigen Behälter, welche sich im Unterleib des Moschusbodens (also nur des männlichen Tieres) zwischen Nabel und Aute befinden. Natürlicher Moschus stellt eine krümelige dunkelbraune weiche Masse dar, die bitter im Geschmack ist. Der charakteristische Riechstoff ist das „Muscon“, ein farbloses, dickes Öl. Bei der Moschusynthese hat es die Chemie verstanden, das teure erdliche Ausgangsprodukt vollständig zu vermeiden und auf rein künstlicher Basis zu arbeiten. Das künstliche Produkt, der sog. Moschus-Bour, ist als Trinitrobutylalkohol und ähnlichen Stoff anzusprechen. Zur Herstellung haltbarer konzentrierter Lösungen wird meist Benzyl-Benzoyl angewandt, das bei gelindem Erwärmen etwa 20 Proz. der verwendeten Moschusmenge in Lösung bringt, doch ist es auch gelungen, ein namentlich in Alkohol leicht lösliches Präparat darzustellen.

Nach diesen Ausführungen ist allerdings noch zu bemerken, daß die künstlichen Duftträger gewiß niemals in stande sein werden, die natürlichen Wohlgerüche völlig zu verdrängen oder gar die ätherischen Blütenessenzen nach jeder Hinsicht zu ersetzen, immerhin muß doch unzweifelhaft zugestanden werden, daß sie einen gewaltigen Fortschritt für die gesamte moderne Parfümerie bedeuten, die sich ihrer in der ausgiebigsten Weise bedient, da durch die Verwendung künstlicher Riechstoffe als Ersatz für die teuren Naturprodukte alle Parfümerieerzeugnisse im Preise ganz erheblich reduziert werden können. Außerdem konnten wir uns auf diese Weise vom Auslandsmarkt nach vielen Richtungen hin fast vollständig unabhängig machen. Dies ist ein Verdienst der modernen Forschung und der Arbeit von Jahrzehnten unserer Wissenschaft.

Schluss mit dem Wirtwart der Straßennamen!

In der Stadtverordnetenversammlung wird zur Beseitigung des oft beklagten und längst unhaltbar gewordenen Zustandes, daß viele Straßen- und Platznamen in der Einheitsgemeinde Berlin doppelt und sogar mehrfach vorkommen, von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingebracht: „Da der Herr Polizeipräsident auf eine baldige Umbenennung der doppelt und mehrfach vorhandenen Namen von Straßen und Plätzen Berlins drängt, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, einen Ausschuss von 17 Mitgliedern einzusetzen. Dieser hat für die notwendigen Umbenennungen geeignete Vorschläge auszuarbeiten, die später von der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat zu unterbreiten sind.“

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ach.
5. Onkel Moses

Ein gut Stück Zeit, bevor unsere Geschichte einsetzt, tauchte eines Tages in einem kleinen Städtchen in Polen plötzlich ein Fremder auf; er war ganz anders gekleidet als die anderen Einwohner des Städtchens, trug einen kurzen, deutschen Rock und eine wunderbar karierte Hose aus Damast mit einem breiten, steifen Hut und einen weißen, weit ausgeschlittenen Kragen, den man damals Vatermörder nannte. Große goldene Ringe an den Fingern und eine goldene Kette über der karierten Samtweste; der Mann trug keinen Schnurrbart, aber einen kurzen Backenbart. Die Erscheinung des Fremden rief solches Staunen hervor, daß sicher eine Panik ausgebrochen wäre, wäre er nicht auf der Straße mit einem im Städtchen wohlbekannten Bewohner, nämlich mit Josef dem Griechmüller gesehen worden. Ältere Einwohner der Stadt erkannten bald in dem Fremden den ältesten Sohn Josef des Griechmüllers, der vor vielen Jahren in die weite Welt gegangen war.

Jüngere Leute im Städtchen wußten gar nicht, daß Josef der Griechmüller noch einen älteren Sohn hatte, und die, welche sich doch daran erinnerten, hatten diesen längst für tot gehalten. Sein plötzliches Erscheinen in den Gassen des Städtchens weckte bei vielen Leuten Jugenderinnerungen. Sie erkannten in dem Fremden ihren Jugendfreund, ihren Cheberkammeraden; so traten sie denn auf den Fremden zu und begrüßten ihn mit dem großem „Scholem Alechem“. Bald durchdrang das ganze Städtchen die Kunde von der Ankunft des „Amerikaners“, der aus der weiten, weiten Welt heimgekehrt war. Am Abend war die Wohnung Josef des Griechmüllers belagert von Verwandten näheren und ferneren Grades, von Nachbarn und von Einwohnern ohne nähere Familienbeziehungen zum Griechmüller, die gekommen waren, um nach ihren Angehörigen in Amerika Erkundigungen einzuziehen. Auch wenn einer einen Sohn oder Bruder in Afrika, in Brasilien oder in England hatte, erkundigte er sich bei dem „Amerikaner“ nach ihm. Denn, was eigentlich Amerika sei, darüber war man sich im Städtchen noch nicht ganz klar, und damals hieß alles Amerika — für die Stadtbewohner gab es nun jenseits der Grenze an eine einzige große Stadt, die hieß „Amerika“.

Bald begann ein Raunen und Rauschen im Städtchen von den tadelhaften Reichtümern des Amerikaners. Es gingen

Erzählungen um von einem Stock mit goldenem Knopf, den er seinem Vater mitgebracht, und von goldenen Uhren und goldenen Ketten, die er seinen Brüdern und der ganzen Familie zum Geschenk gemacht hatte. Und als er am Sabbat in einem neuen karierten Anzug und einem Lieberzieher mit Seidenfutter über die Straße ging und beim Thoraukruf, mit dem man ihn natürlich begrüßte, dem Vater ein „Wischeberach“ machte und dabei einen ganzen Kubel spendete, da gab es solche Aufregung im Städtchen, daß es geradezu in die Glut und Wolken der Phantasie und der Legende über den Reichtum des Amerikaners gehüllt war. Josef der Griechmüller, welcher bisher in der Stadt nicht sehr angesehen gewesen war — er mahlte die ganze Nacht hindurch Griech in einem kleinen Lodenraum und bei Tag ging er stets schlaftrig herum — wurde mit einem Male ein so geachteter Bürger, als hätte er das große Los gezogen. Den ganzen Sabbat lang wurde Krug und Schalet aus den Häusern der besten und vornehmsten Bürger der Stadt in die Wohnung Josefs des Griechmüllers getragen, um dem vornehmen Gast, dem „Amerikaner“, aufzuwarten.

Bald ging das Gerücht um, der Amerikaner sei hergekommen, um große Geschäfte zu beginnen, er würde gleich die nächste Woche anfangen, eine große Griechmühle zu bauen, und habe zu diesem Zwecke schon beim Gutsheeren ein großes Stück Feld vor der Stadt gekauft. Die Juden begannen zu rechnen und wogten sich freudig in der Hoffnung, mit des Amerikaners Hilfe ihr Glück zu machen. Als der Sabbat zu Ende war, befanden Wasser und Kaufleute aller Kategorien Josef den Griechmüller und begannen von verschiedenen Geschäften zu sprechen. Der eine schlug einen Handel mit Ochsen vor, der andere mit Wolle, ein dritter eine Anleihe für den Gutsheeren gegen hohe Zinsen. Andere gingen noch weiter und begannen, sich beliebt und zartfühlend zu erkundigen, ob Herz und Hand des Gastes noch frei seien. Denn es war bekannt geworden, der Amerikaner sei noch ledig. Der Amerikaner hörte allen Besuchern sehr ernst zu, interessierte sich für alles, fragte nach allem und wollte alle Einzelheiten wissen, gab allen Hoffnungen, und es schien, als werde er im nächsten Augenblick das ihm vorgeschlagene Geschäft abschließen. Aber er machte keine Geschäfte in der Stadt.

Da sich der Amerikaner ein paar Wochen ohne Beschäftigung im Städtchen aufhielt, ruhig bei seinem Vater, dem Griechmüller, wohnte, und da sich an ihm kein Groschen verdienen ließ — so verlor er allmählich seinen ganzen Reiz. Niemand interessierte sich mehr für ihn. Seine karierte Hose machte kein Staunen mehr, ja, nicht einmal seine goldenen

Ringe und die Geschenke aus Gold gaben Anlaß zu Gesprächen. Josef der Griechmüller verlor auch sein Ansehen. Man hörte wieder bei Nacht die Mühlsteine in seinem Loden weinen und sah bei Tag einen verschlafenen, mit Mehl bestäubten Juden vor sich. Jedermann war mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt, und der Amerikaner war erledigt. Aber gerade als sich niemand mehr für ihn interessierte, begann der Amerikaner für die Einwohner des Städtchens großes Interesse an den Tag zu legen. Er erkundigte sich bei jedem seiner Bekannten genau nach Beruf, Verdienst und Wohngebrauch, besuchte fremde Wohnungen und sah sich genau an, wie die Leute dort wohnten und lebten, was sie aßen und worauf sie schliefen. Als man ihn fragte, weshalb er dies eigentlich wissen möchte, ob er den Leuten etwa Lebensunterhalt geben wollte, da lächelte er bloß:

„Man soll alles wissen. Wissen ist ein wertvoller Besitz!“ Einige Zeit später war der Amerikaner verschwunden. Einen jüngeren Bruder hatte er mitgenommen, dem Vater hatte er, wie man erzählte, ein paar hundert Kubel zurückgelassen, um die Mühle zu vergrößern. Wie er gekommen war, so verschwand er auch. Zuerst hatte man es gar nicht bemerkt. Als man aber dann doch feststellte, der Amerikaner sei fort, sagte man im Städtchen allgemein, es habe eben so kommen müssen. Denn Amerika sei ein Zauberland, das den, der ihm verfallen sei, nicht ruhen lasse. Wer einmal die Schwelle Amerikas betreten hat, der kann in keinem anderen Lande mehr seßhaft werden, und wäre es auch sein Geburtsort; denn es zieht ihn nach Amerika zurück, wie es den Dieb zu seinem Raube zieht. . . .

Aber bald nach dem Amerikaner begann das ganze Städtchen nach Amerika zu wandern. Im Anfang war es gar nicht zu merken, daß die Einwohnerzahl des Städtchens immer mehr zusammenschmolz. Die Alten zogen auf den Friedhof, die Jungen nach Amerika. . . . Zuerst nahm der Amerikaner seine Angehörigen hinüber . . . erst die Brüder, dann die übrige Familie, die Kinder der Brüder, die Oheime und deren Söhne und Schwiegeröhne. Später aber begannen sich Kinder von Schwägern und entfernten Verwandten, schließlich Bekannte und einfache „Landsleute“ an ihn um Schiffsarten zu wenden. Der Amerikaner wurde allmählich zu einer Art Verwandtschaftsmittelpunkt auch für ganz fremde Leute; sie waren bemüht, irgendeine entfernte Verwandterung mit ihm herauszufinden, die legten sie ihm dann in einem Brief dar und baten ihn um eine Schiffsarte. Der Amerikaner schlug die Bitte niemals ab. Und allmählich verließ sich das Städtchen. (Fortsetzung folgt.)

Die Explosion in der Kirchstr. 9.

Zerlegung von Chloralkali und Benzindämpfe als Ursache!

Chefheimer Regierungsrat Professor Dr. Hofmann von der Technischen Hochschule in Charlottenburg hat jetzt sein Gutachten über die Ursache der Explosion im Hause Kirchstr. 9 fertiggestellt und den zuständigen Stellen übermittelt. Es bedeutet insofern eine Heberberichtigung, als der Ordinarius für Chemie an unserer größten Technischen Hochschule zu dem Ergebnis kommt, daß die Annahme einer Leuchtgasexplosion auszuschließen ist.

Nach der Meinung Professor Hofmanns ist die Explosion darauf zurückzuführen, daß sich Chloralkali, der in einer geschlossenen Holzbox im Seifenladen aufbewahrt wurde, unter Entwicklung großer Sauerstoffmengen zerlegte. Eine der Benzinkanonen wurde ohne Verschluß und größtenteils entleert aufgefunden. Sie hat bestimmt größere Mengen von Benzindämpfen entwickelt, von denen 150 Gramm genügen, um im Gemisch mit Sauerstoff eine Explosion von solcher Wirkung, wie sie sich ereignete, hervorzurufen. Dieses Gemisch von Benzin und Sauerstoff wird als die nächste Ursache der Explosion bezeichnet. Seine Entzündung kann nach der Meinung des Sachverständigen beim Einschalten des elektrischen Lichts durch den sog. Schließungsfunken oder durch eine Petroleumlampe erfolgt sein oder auch, und dies ist nach Hofmann das Wahrscheinlichste, durch den schließlich explosiven Zerfall des Chloralkalis selbst. Zuchtgas erscheint nach dem Resultat der Untersuchung als Ursache der Explosion ausgeschlossen. Dieses Gutachten des Chefheimers Professor Dr. Hofmann deckt sich mit dem Befunde des gerichtlichen Sachverständigen für Installation, Ingenieur Otto Schmidt. Dieser stellt in seinem Gutachten fest, daß die gesamte Gasanlage, von der Grundmauer begonnen, vor der Explosion tadellos in Ordnung und dicht gewesen ist. Er meint, daß nach Lage des Befundes ein unerwünschtes Ausströmen von Gasemengen überhaupt nicht möglich war. Chefheimer Hofmann erklärt weiter, daß der „Gasgeruch“, den einige Hausbewohner wahrgenommen haben wollen, nicht beweisend sei. Schon bei Frachtleuten käme es häufig genug vor, daß sie Benzin- oder Karbidgeruch für Gasgeruch halten. Die bei Mohns festgestellte Gasergussung erklärte sich ganz unangeführt durch, daß Mohns durch die Explosion erst beaufschlagt worden sei und dann das Leuchtgas einatmete, das in nächster Nähe aus der durch die Explosion zerrissenen Rohrleitung strömte. Dieses Urteil besagt, daß eine große Gefahr für die großstädtische Bevölkerung in dem häufig vorkommenden wahllosen Aufbewahren aller möglichen Chemikalien in bewohnten Räumen oder in deren Nähe liegt. Daß Chloralkali unter Sauerstoffentwicklung zerfällt, ist, wie man bereits lange, auch Brände sind durch diese Eigenschaft des Chloralkalis schon zustande gekommen. Benzin ist so feuergefährlich, daß nur bis 3 Liter in Wohnräumen abgelagert werden dürfen. Mohns hatte aber nach dem Befunde der Sachverständigen etwa 200 Liter im Vorrat. Außerdem führte er Brennspritus und Karbid, die beide ebenfalls wegen ihrer Gefährlichkeit nur in kleinen Mengen in Wohnräumen lagern dürfen.

Verbrechermoral.

Seine Frau muß auch ins Gefängnis!

Ein schwerer Einbrecher, der „schwarze Hans“, wollte, daß seine Frau auch ins Gefängnis komme. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzte Johann Schreiber, wie der „schwarze Hans“ wirklich heißt, das eigenartige Verfahren, sich selbst und seine Frau zugleich der Teilnahme an etwa 28 Einbrüchen zu bezichtigen. Er sitzt augenblicklich noch im Zuchthaus. Seine Frau Charlotte hatte sich seinen Hof dadurch zugezogen, daß sie mit einem Zeilengenossen R., der aber schon früher entlassen worden ist, ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte. R. bezichtigte er der Hehlererei.

Der „schwarze Hans“ ist einer der verwegendsten Einbrecher, die Berlin gekannt hat. Auch als Geldkranktöter und Pferde-dieb hat er sich einen Namen gemacht. Als er das letztemal aus Sonnenburg heraustrat, brach er dort bei dem Barren ein und entwendete die Pferde aus dem Stall, mit denen er direkt nach Berlin fuhr. Ein großer Teil der von ihm selbst angegebenen Straftaten wird noch später zur Aburteilung kommen. Jetzt hatte das Schöffengericht Wedding „nur“ fünf Einbrüche abzuurteilen. Außer R. und Frau Charlotte Schreiber waren auf die Angaben des „schwarzen Hans“ noch eine Anzahl Personen als Mitschuldige an den Diebstählen und als Hehler angeklagt. Schreiber erklärte, daß er nun alles heraushaben wolle, weil seine Frau und R. doch nicht eher Ruhe geben würden. Rame er heraus, dann würden diese sofort neue Anzeigen machen, damit er wieder ins Zuchthaus komme und sie ungestört in ihrem Liebesnest bleiben könnten. Die Frau behauptete er, daß sie ihm bei allem geholfen habe. Weil sie hübsch aussähe, könne sie überall hingehen und besser die Gelegenheiten „auszuhäutern“ als er und seine Genossen. R. versicherte, er wolle auf der Stelle blind werden, wenn er schuldig sei. Schreiber (in großer Wut): „Du ehrloser Ehebrecher. Herr Richter, fragen Sie ihn doch, was er mit meiner Frau gemacht hat. Sie hat doch den armen Leuten das letzte Bettuch weggenommen, wenn ich sagte, wir wollen ihnen doch noch etwas lassen.“ Frau Schreiber, die auch schon mehrfach vorbestraft ist und von ihrem Mann nur als „Herrn Schreiber“ sprach, bestritt, von den Verbrechen ihres Mannes Kenntnis gehabt zu haben. Die bei ihr vorgefundenen Sachen hätte ihr Mann ihr ins Haus gebracht, und sie hätte nicht gemerkt, woher sie stammten. In einem Falle war nach dem Geständnis Schreibers die von den Bewohnern verlassene Villa eines Dr. B. dreimal heimgesucht worden. Das Gebäude war völlig ausgeräumt worden, sogar die Möbel und das Piano hatte man fortgeschafft. Das Schöffengericht verurteilte Schreiber zu drei Jahren Zuchthaus und Charlotte Schreiber zu zwei Jahren Gefängnis. R., dem nicht viel nachgewiesen werden konnte und der jetzt auch ordentlich geworden sein soll, erhielt wegen einfacher Hehlererei vier Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Auch ein „Ueberfall“.

Ein angeblicher Raubüberfall im Tiergarten, dem am Montag früh ein 22 Jahre alter Kaufmann Martin Breh aus Mi-Roabit zum Opfer gefallen sein wollte, ist jetzt als erdichtet aufgedeckt. Breh wurde am 9½ Uhr in einem Gebüsch in der Nähe der Borsigallee von einem Schupwachmeister aufgefunden. Er hatte zwei blutende Verletzungen an der Stirn und war anscheinend bewusstlos. Eine leere Aktentasche lag neben ihm. Im Eisfabrik-Krankenhaus konnte der Ueberfallene nur kurz angeben, daß er am Großen Stern von einem Manne, der ihn um Feuer gebeten habe, mit einem harten Gegenstande niedergeschlagen worden sei. Was der Begehrter weiter mit ihm gemacht habe, wisse er nicht. Die Aktentasche habe 700 Mark enthalten. Der Ueberfall sollte bereits um 6 Uhr früh stattgefunden haben. Die Beamten des Raubdezernats heften alsbald einige Zweifel. Breh schien noch immer sehr lebend zu sein. Er mochte stets nur ganz kurze abgehackte Angaben und konnte im Zusammenhang nicht näher vernommen werden. Die Beamten gingen nun seinem Versteck nach und veranlaßten auch eine Radprüfung seiner Bücher und Abrechnungen auf seiner Arbeitsstelle. Hier wurden Untersuchungen festgestellt, und es ergab sich dann weiter, daß der junge Mann für den Besuch von Theatern und Kinos Ausgaben gemacht hatte, die seine Einnahmen erheblich überstiegen. Um die Fehlbeträge in seiner Kasse zu decken, hatte er viele Lotterielose gekauft, aber immer nur Rielen gegriffen. Als man ihm das alles vorhielt, gab er endlich zu, den Ueberfall erdichtet zu haben, verließ sogleich das Bett und war wieder ganz gesund. Mit einem großen Stein hatte er sich selbst zweimal vor den Kopf geschlagen, war dann unter das Gebüsch getrocknet und „bewußtlos“ liegen geblieben, bis der Schupmann ihn fand. Der Raub von 700 Mark sollte seine Bemühungen, die die Lotterie nicht gedeckt hatte, vertuschen.

Die Stadtverordnetenfraktion der SPD. hat beschlossen, die folgende Anfrage einzubringen: Warum hat der Magistrat bei dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beantragt, die Wahl des Studienrats Dr. Reiter zum Direktor der Arndt-

Hochschule durch das Bezirksamt Kreuzberg nicht zu bestätigen, obwohl gegen seine Ernennung zum Leiter einer höheren Schule in die Wahl vorbereitenden Bezirkswahlprüfungen nicht erhoben worden sind? Ist der Magistrat bereit, seinen Beschluß einer Nachprüfung zu unterziehen und bei dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung umgehend die Bestätigung der Wahl zu beantragen?

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 13. Februar, 7½ Uhr abends, im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Sinzheimer - Frankfurt a. M.

„Die Kulturidee des Sozialismus“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. im Bureau des Bezirksausschusses, Lindenstr. 3, II. Hof 2 Tr., Zimmer 8, in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2, im Zigarrengeschäft Hirsch, Engelw. 24/25, im Tabakvertrieb O.F.G., Inselstr. 6, beim Verband der graphisch. Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5 u. in den Vorwärtsredaktionen.

Eine Bahnhofsline der Straßenbahn.

Auf Veranlassung der Deputation für das Verkehrs- und des städtischen Fremdenverkehrs-Bureaus wird die Straßenbahn, voraussichtlich schon in der nächsten Woche, eine besondere Bahnhofsline einführen, die die verschiedenen Berliner Fernbahnhöfe miteinander verbinden soll. Die Linie wird vom Anhalter Bahnhof ausgehen, den Potsdamer Bahnhof, Friedrichstraße-Bahnhof, Stettiner Bahnhof, Schlesischen Bahnhof berühren und am Gärtnicher Bahnhof endigen. Falls erforderlich, werden außerdem zur Zeit des starken Verkehrs besondere Einseitige zwischen Anhalter und Stettiner Bahnhof verkehren. Die Straßenbahnwagen werden für die Mitnahme von Gepäck entsprechend geeignet sein.

Der Bahnhof Kreuzberg der Nord-Süd-Bahn wird am Sonntag, den 14. Februar, dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Vom gleichen Tage ab erhält im Enderferndnis mit den Aufsichtsbörden der Hochbahn-Oranienstraße die neue Bezeichnung Gärtnicher Bahnhof (Oranienstraße).

Ein Mord, der kürzlich in Dresden verübt wurde, beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Gegen 11 Uhr abends wurde in der Rahniggasse ein 35 Jahre alter Arbeiter Paul Häber erschossen. Der Mörder, ein 20-25 Jahre alter, 1,65 Meter großer unterlegter Mann mit kurzem Schnurbart, ist aus Dresden verschunden, und wird jetzt auch in Berlin gesucht. Er trug einen grauen Regenmantel oder vielleicht auch eine Windjacke. Mitteilungen über sein Aussehen an die Nordkommission im Polizeipräsidium.

Bezugsbildungsausschuß Groß-Berlin. Am Sonnabend, den 13. Febr., abends 7½ Uhr, spricht Prof. Sinzheimer - Frankfurt a. M. über „Die Kulturidee des Sozialismus“. Der Vortrag findet im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, III. Weisberstraße 50 Pf. - Sonnabend, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr, in den Andreas-Hallen, Kondrasstraße 11, Propagandabüro des Deutschen Arbeiterverbandes. Eintrittspreis 20 Pf. - Sonntag, den 7. März, nachmittags 3½ Uhr, im großen Saal der Philharmonie, letzte Veranstaltung Internationale Volkssänger und Volkstänzer. „Der deutsche Tanz“ (Kriegertanz, geistliche und weltliche Tänze, volkstümliche Tänze). Preis der Karte 1,20 M. - Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus vierter Vorlesungstag. Die Geschichte der Aufgeklärten wird das Schermes „Weltensünde“ von Franz Hofmeister. Preis der Einzelparte 1 M. Karten für alle Veranstaltungen in den bekannten Verkaufsstellen.

Das Eisenbahnunglück bei Oberhof.

Eine amüsliche Darstellung.

Nach einer amüslichen Darstellung aus Erfurt ereignete sich das Unglück folgendermaßen:

Im Brandeile-Tunnel bei Oberhof fuhr der von Oberhof nach Gohlberg verkehrende Arbeitstag etwa 300 Meter vor dem Gohlberger Ausgang des Tunnels in eine Kolonne von Straßenarbeitern. Der Kottenführer Karl Hartung aus Arnstadt und die fünf Straßenarbeiter Ernst Mey und Fritz Kiesel aus Gräfenroda, Ferdinand Hoffmann aus Frankenhain, sowie Ernst Schmidt und Hugo Steckung aus Schwenda wurden getötet, ein Arbeiter schwer und vier leicht verletzt. Das Unglück entstand dadurch, daß einerseits der mütigste Kottenführer irrtümlich angenommen hatte, daß dieser Zug im falschen Gleis verkehren würde, andererseits dadurch, daß infolge Witterungsumschlags Nebel und Dunkelheit herrschte und der Zug dicke Rauchwolken vor sich hertrieb, so daß sein Nahen nicht zu sehen war. Sicherheitsposten waren ausgestellt und haben die Signale vorschriftsmäßig gegeben. Der Vorstand des Betriebsamtes Arnstadt eilt sofort an die Unglücksstelle, ebenso hat sich der Betriebsbezirksleiter der Reichsbahndirektion Erfurt dorthin begeben.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Nach vorübergehender starker Erwärmung wieder Temperaturen um Null, meist trübe, nur geringe Niederschläge. - Für Deutschland: Leicht trüb und trocken, in Südb., Mittel- und Ostdeutschland Temperaturen über Null und vielfach wolfig.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die bekannte Sigaritenfabrik Constantia in Hannover ist dem Übernehmen der neuen Anlagen überzogen. Die Fabrik ist dem Staat übergeben worden, die in einer Serie von 24 Stück den Staat der Herstellung einer Anlage und der damit verbundenen Arbeiten in ausschließlicher Weise darstellt. Die Aufnahmen geben ein Bild von der Größe und der modernsten Einrichtung des Unternehmens.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 11. Februar.
 Außer dem üblichen Tagesprogramm:
 4.30-6 Uhr nachm.: Bunter Nachmittag. 6.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Siegrat de Grabi: „Das Gas als Kraftträger“. 7.15 Uhr abends: Siegrat de Grabi: „Einführung zu dem Oratorium „Die Jahreszeiten“ am 12. Februar. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschule). Abteilung Betriebswirtschaftslehre. Dr. Friedrich Leitner: „Bilanzen und Bilanzkritik“. 8.30 Uhr abends: Der Roman als Funkspiel. 14. Fortsetzung: „Die Katastrophe“. Originalroman für die „Funkstunde“ von H. J. Gramataki (als Funkspiel bearbeitet). 9-10 Uhr abends: „Nach Feierabend“. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. a) Suppé: Ouvertüre zum „Dichter und Bauer“, b) Léhar: Ballerinnen. Walse aus der Operette „Die lustige Witwe“ (Berliner Funkorchester). 2. a) Gounod: Frühlingslied, b) Sullivan: O laß mich träumen (Max Kuttner, Tenor). 3. Morana: Alles da, Schlagschlagpaar (Berliner Funkorchester). 4. a) Gastaldon: Varietone Musik, b) Baumgarten: Noch sind die Tage der Rosen (Max Kuttner). 5. Schäfer: Die Post im Walde (Berliner Funkorchester). 6. a) Ebulo: Unter dem Lindenbaum, b) Abt: Gute Nacht, du mein herzliches Kind (Max Kuttner). 7. Beck: Carmenmarsch (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsungs-, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Rapée Jazzsinfoniker, Dirigent: Ernö Rapée).
 Königswusterhausen, Donnerstag, den 11. Februar.
 3-3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebe, Lektor Mann-London. Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Friebe, Lektor Mann-London: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Oberlehrer Wolff: Klassenarbeiten im Aufsatz. 4.30-5 Uhr nachm.: Fr. Dr. med. Turnau: „Der kranke Säugling. Ernährungsstörungen, Rachitis, Stimmritzenkrampf, Hautausschläge“.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stapelungen für diese Rubrik sind bei den Bezirksvereinen zu erhalten. Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2. Bitte an den Bezirksleiter, L. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 13. Februar, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes im Jugendheim Lindenstr. 3. Wichtige Tagesordnung.

1. Kreis Mitte, Freitag, 12. Februar, 7½ Uhr, Kreisamtsleiter-Versammlung in den Räumen des Reichsbanner, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Referent: Kurt Eberstein über „Kulturpolitik“.
2. Kreis Wedding, Freitag, 12. Februar, 7 Uhr, Sitzung mit den Abteilungsleitern an bekannter Stelle.
3. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 12. Februar, 7½ Uhr, im Reichsbanner, Lindenstr. 3, Hof 4, 2. Tr., Konferenzsaal der Nordwärtsabteilung.
4. Kreis Kreuzberg, alle Genossen, welche Mitglieder oder Parteiführer sind, können an der Sitzung heute, Donnerstag, 11. Februar, 7½ Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, teil. Vortrag des Genossen Rube über: „Der Kampf der Unterwelt“. - Arbeiterbewegung und kommunale Reformen. Berichtigung aller in der Wohlfahrtsliste stehenden und deren interessierten Genossen und Genossen 8 Uhr bei Frau Urbanstraße 24. Referent: Genosse Stöber über: „Zugestiegen der Wohlfahrtsliste“.
5. Kreis Köpenick, Die Dittmann-Vorleser ist bis zum Sonnabend, 12. Februar, bestimmt im Bezirksbureau Köpenick, 12 abzurechnen.
6. Kreis Treptow, Freunde der Gemeindefortschritte: Freitag, 12. Februar, 8 Uhr, in der Aula Hermannstr. 11. Vortrag: Oberstudienrat Dr. Harten über: „Die Schulen in Preußen“.

Heute, Donnerstag, den 11. Februar:

12. Abt. Friedrichshagen, 7½ Uhr bei Tempel, Tempelallee 20. Vortrag des Landtagsabgeordneten Otto Bräuer über: „Nährstoffmangel und Bekämpfung“. Alle Genossen und Genossen müssen bestimmt erscheinen.
13. Sozialistische Gruppe Köpenick II, 7½ Uhr im Jugendheim Schiller, Gde. Hiltstraße. Einführung in die Buchführung. - Gruppe Treptow, 7½ Uhr im Jugendheim Hiltstr. 1. Vortrag der Arbeitsgemeinschaft über: „Das Selbstbewusstsein der Arbeiter“. Referent: Frau Emma. - Gruppe Charlottenburg, 7½ Uhr im Jugendheim Köpenick, 1. Vortrag: „Wohlfahrtsliste“.

Morgen, Freitag, den 12. Februar:

1. Abt. Kom 12, bis 19. Februar wird der Film „Kreisel Luft“ im Arbeiter-Verein, Köpenick, 12, zur Aufführung gelangen. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen zu kommen. Abends 8 Uhr im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Sitzung der Wohlfahrtsliste. - Abt. Köpenick, 12, 8 Uhr bei Frau Urbanstraße 24. Vortrag des Genossen Rube über: „Der Kampf der Unterwelt“. - Arbeiterbewegung und kommunale Reformen. Berichtigung aller in der Wohlfahrtsliste stehenden und deren interessierten Genossen und Genossen.
2. Abt. Kreuzberg, Die Bezirksleiter müssen die Wohlfahrtsliste, 12. Februar, die Protokolle beim Bezirksleiter abgeben.
12. Abt. Wahlbereich, 8 Uhr bei Frau Urbanstraße 24. Fortsetzung der Jahresversammlung. Gruppe Köpenick, 8 Uhr im Jugendheim Hiltstr. 10. Vortrag: „Die Sozialisten der Frau“. Referent: Genosse Rube. - Gruppe Köpenick, 8 Uhr im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“. - Gruppe Köpenick, 8 Uhr im Jugendheim Köpenick, 1. Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.

Frauenveranstaltungen:

1. Abt. Freitag, 12. Februar, 7½ Uhr, im Reichsbanner „Zum Eurofrieden“, Hiltstr. 11, letzter Abend. Referent: Frau Rube. Gäste willkommen.
2. Abt. Der für heute, Donnerstag, 11. Februar, angelegte Frauenabend fällt wegen der Wohlfahrtsliste aus.
3. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Sozialistischen Arbeiterklub, Hiltstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Gäste herzlich willkommen.
4. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.

Jugendveranstaltungen.

1. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
2. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
3. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
4. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.

Heute, Donnerstag, den 11. Februar, abends 7½ Uhr:

1. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
2. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
3. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
4. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

1. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
2. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
3. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
4. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
5. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
6. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
7. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
8. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
9. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
10. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
11. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
12. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
13. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
14. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
15. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
16. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
17. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
18. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
19. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
20. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
21. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
22. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
23. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
24. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
25. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
26. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
27. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
28. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
29. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
30. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
31. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
32. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
33. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
34. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
35. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
36. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
37. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
38. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
39. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
40. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
41. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
42. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
43. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
44. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
45. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
46. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
47. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
48. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
49. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
50. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
51. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
52. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
53. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
54. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
55. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
56. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
57. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
58. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
59. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
60. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
61. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
62. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
63. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
64. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
65. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
66. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
67. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
68. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
69. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
70. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
71. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
72. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
73. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
74. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
75. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiterbewegung“.
76. Kreis Köpenick, Sozialistische Arbeiter, heute, Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Reichsbanner, Kreuzberg, Hofstr. 11, Vortrag: „Die Wohlfahrtsliste der Arbeiter

Finanzminister Reinhold vor dem Reichstag.

Durch Steuerabbau zum Preisabbau. — Sparprogramm für die Verwaltung. — Finanzautonomie für die Länder.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand gestern an erster Stelle die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1926.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold:

Der Reichshaushaltsplan für 1926 ist zu einer Zeit aufgestellt worden, in der man die Wirtschaftskrise, die inzwischen mit voller Wucht über unser Volk hereinbrochen ist, noch nicht in allen ihren Auswirkungen übersehen konnte. Infolgedessen gibt der Etat kein klares Spiegelbild unserer wirklichen Not. Ich will auf eine Schilderung der Wirtschaftskrise im einzelnen verzichten. Allein die Tatsache, daß wir im Monat Januar 1926 den traurigen Rekord von 2092 Konkursen und 1553 Geschäftsausschüßen erreichten, beweist den furchtbaren Ernst der Lage ebenso wie die erschreckend hohe Ziffer der unterstützten Erwerbslosen, die von rund 195 000 am 1. Juli 1925 auf 670 000 am 1. Dezember 1925 und rund 2 Millionen am 1. Februar 1926 gestiegen ist, wozu noch aus dem ausgesteuerten Erwerbslosen 2,6 Millionen Zuschlagsempfänger und schätzungsweise 2,5 Millionen Kurzarbeiter kommen. Auch auf die Gründe der Krise will ich ausführlich nicht eingehen. Nur einige Beispiele der Krise will ich herausgreifen. Für die Landwirtschaft in dem Mißverhältnis der Preise ihrer wichtigsten Produkte zu dem Preis der allgemeinen Bedarfsartikel, für den Steinkohlenbergbau in der Einengung des Absatzes der Steinkohle durch Verwendung anderer Kraftquellen bei gleichzeitig erhöhter Konkurrenz infolge der Maßnahmen der englischen Regierung, bei der Eisenindustrie durch den besonders scharfen Wettbewerb der ihr aus dem niedrigen Stand des französischen Frank erwächst. Einer der wichtigsten Gründe der Krise ist die Kapitalknappheit unserer Wirtschaft, die zu jener Kreditkrise geführt hat, die allmählich in eine Vertrauenskrise ausgeartet ist. Als Finanzminister muß ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Ueberlastung unserer Wirtschaft mit öffentlichen Abgaben aller Art zur Beseitigung der Krise nicht unwesentlich beigetragen hat. So unbestritten die Tatsache ist, daß die starken Steuererhebungen in der Stabilisierungsperiode, die uns aus der Inflationszeit herausgerettet und das Wunder der Rentenmark ermöglicht haben, für immer ein Ruhmesblatt der Reichsfinanzverwaltung bleiben werden, hat sich auch ebenso klar erwiesen, daß ein an den Weltmarkt angeglichenes Volk Steuern und Abgaben in der Höhe, wie sie das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren geleistet haben, auf die Dauer nicht ertragen kann, ohne daß die Fundamente seiner Wirtschaft zerstört werden. Soweit die Krise den in der Kriegs- und Inflationszeit aufgebauten Apparat der Produktion und vor allem des Handels wieder auf ein normales Maß bringt, kann sie heilsam verlaufen und die innere Kräftigung unserer Wirtschaft fördern; aber es kann leider keinem Zweifel unterliegen, daß die Krise weit darüber hinausgeht und mit dem Kranken auch das Gesunde mit in den Abgrund zu ziehen droht.

Die Hauptaufgaben des Jahres.

Wollen wir aber verhindern, daß die Krise sich zur Katastrophe auswehlt, so dürfen wir nicht nur an den Symptomen kurieren, sondern müssen uns auf finanzpolitischem Gebiet dazu entschließen, dafür zu sorgen, daß die gesamten öffentlichen Ausgaben Deutschlands im Reich, in Ländern und Gemeinden so eingeschränkt werden, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Lasten wirtschaftlich tragbar wie sozial gerecht gestaltet werden können.

Es wird deshalb auf finanzpolitischem Gebiete die Hauptaufgabe dieses Jahres sein müssen, das Verhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wie des einzelnen Steuerzahlers und dem gesamten Staatsbedarf mit größter Strenge nachzuprüfen. Der jetzige Apparat der gesamten öffentlichen Betätigung ist auf die Dauer für unser arm geworden Volk zu groß. Auf Grund der im Finanzausgleich vorgeschriebenen Finanzstatistik werden wir noch im Laufe des Jahres die Möglichkeit genauester Prüfung haben, und ich setze es als meine dringendste Pflicht an, im Verein mit den Ländern und Gemeinden durch Vermeidung aller zu ersparenden Ausgaben zu einer tragbaren Belastung zu kommen. Das wird nur geschehen können, wenn wir die Verwaltungsreform aus dem Stadium der theoretischen Erwägung heraus zur praktischen Durchführung bringen. Dabei denke ich keineswegs an einen schematischen Beamtenabbau.

Nicht der Abbau von Personen, sondern der von Verwaltungsarbeit, nicht von Beamten, sondern von Kerkern ist not, und zwar nicht nur im Reich, sondern mindestens in demselben Maße in den Ländern und Gemeinden.

Weiter erscheint mir nötig, auch die volle Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden für die zu leistenden Ausgaben wiederherzustellen. Weiter erscheint es mir unmöglich, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft durchzuführen, wenn wir außer den laufenden Kosten, deren Schwere uns schon zu erdrücken droht, auch noch einmalige Ausgaben durch Steuern aus der geschwächten Wirtschaft herausheben. Wir müssen deshalb finanzpolitisch wieder dazu übergehen, zwischen dem ordentlichen und dem außerordentlichen Haushalt streng zu scheiden und Ausgaben des Extraordinariums nicht mehr durch Steuern und Abgaben, sondern durch Anleihen zu decken. Wird dieses gesunde Prinzip in ganz Deutschland wieder durchgeführt, so wird es in Verbindung mit parlamentarischer öffentlicher Wirtschaft die deutsche Gesamtwirtschaft wieder tragbar machen können. Alle diese Erwägungen werden bei dem bevorstehenden Finanzausgleich berücksichtigt werden müssen. Mit dieser Aktion können wir nicht warten. Die Not unserer Wirtschaft und unserer Erwerbslosen erfordert vielmehr sofortige Maßnahmen.

Steuererleichterungen!

Die augenblickliche Krise zwingt uns dazu, den Ausgleich zwischen dem öffentlichen Ausgabebedarf und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht nur in der Verminderung der staatlichen Ausgaben zu suchen, sondern ihn unter Bemühung der augenblicklichen Ressourcen durch Senkung von Steuern, die produktionsversteuernd wirken, zu erreichen. Die Reichsregierung wird deshalb ein Gesetz einbringen, das zum Zwecke der Herabdrückung des Preisniveaus und der Ueberwindung unserer Wirtschaftskrise folgende Steuererleichterungen erhalten wird:

Die Umsatzsteuer soll am 1. April auf 0,6 Proz. gesenkt werden. Ein auf den Weltmarkt angewiesenes Volk kann eine allgemeine Umsatzsteuer von 1 Proz. auf die Dauer nicht tragen. Wenn die Senkung auf das Preisniveau einen Einfluß haben soll, muß ein entscheidender Schritt getan werden. Die Regierung wird mit aller Energie dafür sorgen, daß diese Senkung der Umsatzsteuer fast auf die Hälfte ihrer jetzigen Höhe wirklich der Allgemeinheit den Nutzen bringt, der allein den Verzicht auf die erheblichen Einnahmen rechtfertigen kann. Gerade von diesem Punkte aus muß der Preisabbau gefördert werden, der die einzig dauerhafte Hilfe ist, die wir weiten Schichten unseres Volkes, aus unserer Beamenschaft bringen können, wenn wir die Kaufkraft des Geldes und damit die Realgehälter und Löhne allmählich erhöhen, anstatt wieder die furchtbare Preisschraube in Aktion treten zu lassen. Daneben soll die Befreiung der erhöhten Umsatzsteuer treten, die überall dort

schädlich gewirkt hat, wo sie eine Sondersteuer für deutsche Qualitätsarbeit bedeutet. Sie soll deshalb auf bestimmte Gruppen von Gegenständen beschränkt bleiben.

Weiter soll eine steuerliche Erleichterung bei wirtschaftlich notwendigen Betriebszusammenschlüssen stattfinden.

d. h. die Fusionssteuer soll auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden, in Verbindung mit einer Erweiterung des sogenannten Schachtelprivilegs im Körperschafts- und Vermögenssteuergesetz. Für eine Reihe von Unternehmungen ist es vielleicht zweckmäßig, Teile ihrer Betriebe zu einem Gemeinschaftswert zusammenzufassen. Die Staatswirtschaft muß die Hemmnisse beseitigen, die einer solchen Rationalisierung entgegenstehen. Als solche Hemmung wird die gegenwärtige Belastung empfunden. Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer und Wertzuwachssteuer treffen bei der Durchführung der Maßnahmen zusammen. Es sollen Erleichterungen geschaffen werden durch Halbierung der Steuerfüße bei gleichzeitigem Fortfall der Wertzuwachssteuer. Dieselben Vorteile sollen auch der Schaffung eines Gemeinschaftswertes zugute kommen, wenn dieses gleichartige oder wirtschaftlich zusammengehörige Betriebe aufnimmt. Es scheint weiterhin geboten, darüber hinaus eine Erleichterung für die an dem neuen Werk beteiligten Werke zu schaffen.

Die Gesamtregelung dient der Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Uebergangszeit der deutschen Wirtschaft, sie soll daher zeitlich begrenzt sein.

Dann sollen die Härten beseitigt werden, die durch die Häufung der Termine der Einkommens- und Vermögenssteuerzahlung im nächsten Etatsjahr auftreten werden.

Die Finanzverwaltung war schon bei den letzten Vorauszahlungsterminen bemüht, die Steuerzahlungen möglichst an den wirklichen Ertrag anzupassen. Sobald nunmehr etwa im zweiten Kalendermonat dieses Jahres die erste Einkommensteuerveranlagung zur Ausführung gekommen ist, gehört das Recht zur 2. Steueranforderung der Bescheid an. Wir werden also bald dazu kommen, daß der Steuerpflichtige wieder auf Grund eines wirklich endgültigen Steuerbescheides seine Steuerschuld begleicht.

Auch bei der Vermögenssteuer muß eine Entlastung eintreten.

zumal die Finanzbehörden durch die doppelte Veranlagung der Vermögenssteuer in einem Jahre mit dem ganzen damit verbundenen Bewertungsgeschäft ganz außerordentlich stark in Anspruch genommen sein würden. Die ersten Veranlagungen nach den neuen Steuerregeln müssen so genau als möglich ausfallen, damit eine Grundlage für die Zukunft gegeben ist. Die dritte Auseinanderfolge zweier Vermögenssteueranfragen soll dadurch beseitigt werden, daß nur die erste Veranlagung vorgenommen und so das Bewertungsgesetz erstmalig in die Praxis überführt wird, sodann aber die Vermögenssteuer 1926 ohne nochmalige nicht darauffolgende Bewertung und Veranlagung in der Form entscheidet, daß sie auf drei Viertel der Steuer Schuld festgesetzt wird, die sich bei der Veranlagung 1925 ergeben wird. Zu diesem Zweck wird der Vorauszahlungstermin auf die Vermögenssteuer am 15. Mai in Fortfall gebracht werden.

Schließlich habe ich die Absicht, durch eine Verordnung die Börseumlaufsteuer zu senken.

Mit diesen Steuererleichterungen glaubt die Regierung auf finanzpolitischem Gebiet die Ueberwindung der Wirtschaftskrise beschleunigen zu können. Dagegen muß in einer überhaleten Beilegungsmaherei auf steuerlichem Gebiet zunächst einmal Schluß gemacht werden. Wir müssen erst abwarten, wie sich das große Beilegungsgewerk des vorigen Sommers auswirken wird. Nur bei der Neuordnung des Finanzausgleichs wird an der Frage der Realsteuern nicht vorübergegangen werden können. Ohne eine Minderung der Realsteuern bleibt unser finanzpolitisches Reformwerk wirtschaftspolitisch ein Korso. Im übrigen wird es mein Bestreben sein, die Steueranforderung und die Steuererhebung soweit wie möglich zu vereinfachen. Auf dem Gebiete der Lohnsteuer werde ich Vorschläge zur Vereinfachung unterbreiten. Die Mißstände, die sich hier insbesondere auf dem Gebiete des Erstattungsverfahrens herausgebildet haben, sind geeignet, das bewährte Gefüge der Besteuerung des Arbeitseinkommens an der Quelle zu gefährden.

550 Millionen Einnahmefall — Die Frage des Erfahes.

Die Steuererleichterungen, die ich aufgeführt habe, werden für das Rechnungsjahr 1926 schätzungsweise einen Einnahmefall von 550 Millionen bringen. Es wird deshalb eine Neugestaltung der Einnahmeseite des Haushalts notwendig werden, die durch einen Ergänzungshaushalt vorgelegt werden wird. Der Nettogewinn von 133 Millionen wird in Einnahme zu stellen sein. Bei dem Haushalt der Reichs- und Länderkassen einige Mehreinnahmen und Minderausgaben verantwortet werden. Dadurch würden etwa 180 Millionen gedeckt sein. Der Rest von 370 Millionen wäre dadurch zu decken, daß erstens außerordentliche Ausgaben auf Anleihen genommen werden und 2. vorhandene Beilegungsmittel verausgabt werden, ein Verfahren, das allerdings nur das ein mal noch anwendbar sein würde. Die unbedingte Voraussetzung der Steuererleichterungen aber ist, daß in der Endsumme der Ausgaben kein höherer Betrag erscheint. Für jede Erhöhung eines Ausgabenpostens muß die entsprechende Verminderung eines anderen stattfinden.

Auch wir werden zu der in England befolgten Praxis kommen müssen, daß Erhöhungsbefehle irgend eines Ausschusses nur im Benehmen mit der Regierung gefaßt werden können, zugleich mit weiteren Befehlen über entsprechende Einnahmeerhöhungen.

Im Zusammenhang mit der Entlastung der deutschen Wirtschaft durch Steuererminderungen steht die Frage, ob nicht ein gewisser Ertrag der Einnahmefälle auf anderem Gebiet möglich ist.

Das Branntweinmonopolgesetz bedarf einer grundlegenden Änderung; die Preisgestaltung darf nicht in den Händen der Kleeranten und Abnehmer liegen.

Ein Gesetz zur Neugestaltung des Branntweinmonopols wird vorgelegt werden, und ich hoffe, daß dann größere Beträge herauszuholen sind. Ferner wird Ihnen auch ein Entwurf eines Kraftfahrzeugetzes zugehen, durch das die Wegeunterhaltungspflichten insandgesetzt werden sollen, für die Wiederherstellung des deutschen Wegeetzes zu sorgen.

Die Steuererminderungen werden das Gleichgewicht des Budgets nicht stören. Ebenso wenig ist eine Gefährdung der Währung durch eine Vermehrung der Umlaufmittel über den wirtschaftlich begründeten Bedarf hinaus zu befürchten. Reichsregierung und Reichsbank werden mit rücksichtsloser Energie alle Gefahren in dieser Hinsicht vermeiden.

Der Haushaltsplan.

Runmehr der Haushaltsplan selbst. Er hält in Einnahmen und Ausgaben mit rund 7,4 Milliarden das Gleichgewicht. Durch den infolge der Steuererleichterungen zu erwartenden Anfall würde sich dann die Einnahmeseite auf 6,4 Milliarden erhöhen. Bei den Verwaltungseinnahmen sind neu eingelegt 26 Millionen Dividende aus den 624 Millionen Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn. Bei der Reichspost sind neu eingelegt 20 Millionen Mark aus dem Uberschuß der Reichspost. Es ist eine Änderung des Postfinanz-

gesetzes beabsichtigt, die eine solche Ueberweisung ermöglicht. Wenn die Post künftig Reuanlagen werbenden Charakters durch Anleihen decken wird, werden auch ihre Einnahmen allmählich gesteigert werden können. Ueber die Einnahmeerhöhungen der verschiedenen Steuerarten werde ich im Ausschuss Auskunft erteilen.

Bei der Ausgabenseite

lassen sich der Staatsbedarf von 1913 und der jetzige Staatsbedarf nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Im Ausschuss wird eine von der Regierung vorgenommene Uebersicht vorgelegt werden. Die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1913 beträgt 2 270 Millionen oder rund 85 Proz. Dieser Mehrbedarf erklärt sich in erster Linie durch die unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Besetzung, die allein einen Aufwand von 2422 Millionen Mark oder 49 Proz. der Gesamtausgaben für sich beanspruchen. Sie setzen sich zusammen aus den Militärausgaben, den inneren Kriegskosten mit 298 Millionen, 600 Millionen Reparationskosten und sonstige Ausgaben infolge Krieg und Besetzung von 32 Millionen Mark. Dagegen hatte 1923 das Reich nur 70 Millionen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aufzubringen.

Sieht man diese Kriegsausgaben ab, so stellt sich der Staatsbedarf 1913 auf 2602 Millionen, 1926 auf 2519 Millionen.

1926 ist also der Ausgabebedarf noch etwas geringer als 1913. Die größte Verminderung weisen die Ausgaben für Heer und Marine um 1320 Millionen auf. Dem stehen als Erhöhungen Ausgaben für die Schulpolizei, Mehrausgaben für Pensionsleistungen und Beamtenunterstützung, für soziale Zwecke mit 330 Millionen, und für Abfindung der Rentnerleistungen von 73 Millionen.

Nach Abzug dieser Ausgaben, deren Höhe im wesentlichen durch Folgen des Krieges bedingt ist, bleibt der Etat für 1926 noch mit 1167 Millionen Mark belastet gegenüber 1913 mit einem Mehrbetrag von 867 Millionen.

Diese Mehrbelastung hat ihre Ursache in dem Uebergang der Zoll-, Steuerverwaltung und Wasserstraßenverwaltung auf das Reich.

Bei den Reparationsleistungen ist in diesem Jahre mit einer Zahlung von 145,8 Millionen Mark zu rechnen.

Trotzdem die Maßnahmen unserer ehemaligen Feinde vor dem Londoner Abkommen unsere Wirtschaft geschwächt haben, ist doch seit dem Bestehen des Londoner Abkommens wenigstens zunächst eine gewisse Erleichterung eingetreten. Es ist nicht gerechtfertigt, die Zuspitzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf die bisherigen Auswirkungen des Londoner Abkommens ursächlich zurückzuführen. Durch das Abkommen ist das Reparationsproblem aus dem Gebiet des politischen Kampfes in die Sphäre der sachlichen Verhandlungen verlegt worden. Es liegt im Interesse der Nation und der ganzen Welt, daß dem so bleibt. Nur wenn unsere Wirtschaft nicht durch Ueberlastung erdrückt wird, ist die Tragung hoher Lasten überhaupt möglich. Wir haben die außerordentlichen Anforderungen des Sachverständigenplanes auf uns genommen, um für die Generation, die nach uns kommt, die Möglichkeit freien Schaffens wiederherzustellen.

Unter den Ausgaben des ordentlichen Haushalts spielen die Zahlungen an die durch Kriegs- und Liquidationsmaßnahmen geschädigten Reichsdeutschen eine wesentliche Rolle. Der bisher zur Verfügung stehende Betrag reicht nicht aus. Es sind deshalb dieses Jahr weitere 50 Millionen eingelegt worden. Der gesamte noch auszustellende Betrag an Entschädigungen beträgt etwa 900 Millionen Mark. Eine weitere Beihilfe an die Geschädigten kann oder nur geleistet werden, wenn es gelingt, vor dem Auslegungsschiedsgericht im Haag Beträge für Entschädigungszwecke kassig zu machen.

Der Staatsbedarf.

Der Minister erörtert dann den eigentlichen Staatsbedarf. Zu den Kosten der Schiffsbauten sollen 28 Millionen Mark Zuschuß geleistet werden, um die Flotte seetüchtig zu erhalten und Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Für den Ausbau von Binnenwasserstraßen sind 67 Millionen eingestellt. Beim Personalrat mühten durch die Nichtbefolgung eines Teiles der freiwerdenden Planstellen Ersparnisse erzielt werden. Nur wenn bei jeder freiwerdenden Stelle geprüft wird, ob die Reubesetzung unbedingt erforderlich, oder ob sie durch Vereinfachung der Arbeit erspart werden kann, werden wir, ohne in die Beamtenrechte einzugreifen, zu einer Verminderung der Gesamtzahl der Beamtenzahl kommen. Bei den sachlichen Ausgaben machen die größten Posten die Ausgaben für soziale Zwecke mit 358 Millionen, für die Reichspost mit 283 Millionen, für die Heeres- und Marineverwaltung mit 376 Millionen, für die Zahlungen an die Länder für die Schulpolizei mit 190 Millionen aus.

Eine Ersparnis dürfte hier schwer möglich sein. Die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung belaufen sich auf 192,7 Millionen, d. h. 78,2 Millionen mehr als im Vorjahre. Dafür sind bei den einmaligen Ausgaben 115 Millionen für Beteiligung des Reiches an Zulageleistungen für Renten fortzuführen. Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge ist mit 40 Millionen, die produktive Fürsorge mit 60 Millionen eingelegt. Die augenblickliche Wirtschaftslage erfordert, zumal nach Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, für die nächsten Monate höhere Mittel. Es wird abzuwarten sein, ob vielleicht schon in den nächsten Monaten die Erwerbslosenunterstützung wieder aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden kann.

Schon die nächsten Monate werden uns die Möglichkeit geben, darüber zu entscheiden, ob wir in einem Nachtragsetat, falls die Zahl der Erwerbslosen sich nicht vermindert, höhere Mittel für zwangsläufige Ausgaben auf diesem Gebiete anfordern müssen.

Hinsichtlich des Fonds von 20 Millionen Mark für Wochenhilfe wird eine neue Vorlage gemacht werden.

Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zeigt einen Mehrbedarf von 70 Millionen für das Heer und 47 Millionen für die Marine. Er beruht auf der Steigerung der Gehälter und Löhne, sowie auf der Preissteigerung für alle Materialien, die sich jetzt erst auswirken.

Der Minister bespricht dann die einzelnen Etappen bei der Reichsfinanzverwaltung und stellt gewisse Maßnahmen zur Verbesserung der Erhebungs- und Verwaltungseinrichtungen in Aussicht.

Die Rede des Finanzministers wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört, er erhielt zum Schluß lebhaften Beifall. Die Aussprache über den Etat beginnt in der nächsten Sitzung. Ohne Aussprache wird der Bericht des Hauptausschusses über die Anträge der Parteien zur Hochwasserkatastrophe entgegengenommen. Der Betrag für erstmalige Hilfeleistung soll von 3 auf 5 Millionen erhöht, den Geschädigten und Erwerbslosen weitgehende steuerliche und wirtschaftliche Beihilfen geleistet werden. Ohne Aussprache wird auch die 2. und 3. Beratung des Gesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserfisch nach dem Bericht des Ausschusses erledigt.

Das Haus vertagt sich um 2½ Uhr auf Donnerstag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Aussprache über den Haushaltsplan.

Fiasko der Sozialisierung?

Ober des Kapitalismus?

27. Wien, 10. Februar.

Die kapitalistische Presse des Auslands beschäftigt sich wieder einmal mit dem Schicksal der Sozialisierung in Österreich. Immer wenn eine kapitalistische Lüge über den Sozialismus in der Heimat zusammengebrochen ist, taucht sie dann plötzlich im Ausland von neuem auf, und wird auch hier wieder — wenn auch längst widerlegt — als Argument gegen den Sozialismus verwendet. So taucht jetzt die Lüge über ein Fiasko der österreichischen Sozialisierung, die vor einigen Wochen die kapitalistische Presse hierzulande mit Jubel erfüllte, bis sie dann so gründlich als falsch bewiesen wurde, daß seither nichts mehr davon verlautet, auf einmal in der bürgerlichen Presse des Auslands, natürlich auch Deutschlands, auf.

Die Verlogenheit des Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß gerade die Presse des Großkapitals, die am Zusammenbruch so vieler Banken und großindustriellen Unternehmungen etwas Bescheidenheit hätte lernen können, die offenkundigsten Unwahrheiten über den Zusammenbruch der Gemeinwirtschaft in Österreich verbreitet, Lügen, die allerdings von österreichischen Goldschreibern des Kapitals exportiert sind, da sie hier nicht mehr an den Käufer zu bringen sind. Wie schonkündig diese Artikel sind, geht daraus hervor, daß darin erzählt wird, die Sozialisierung habe ihren Anfang genommen, als die Wahlen zur Konstituante 1919 der Sozialdemokratie die Mehrheit gebracht hätten. In Wirklichkeit bestand die im Februar 1919 gewählte konstituierende Nationalversammlung aus 60 Sozialdemokraten, 63 Christlichsozialen und 25 Nationalen, so daß also den 60 Sozialdemokraten 88 Bürgerliche gegenüber standen. Wichtig daran nur, daß in dem Jahr nach der Revolution auch die Bürgerlichen nicht ernstlich gegen die Sozialisierung aufzutreten wagten, deren Fortsetzung auch einen Punkt des im Oktober 1919 zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen vereinbarten Koalitionsprogramms bildete.

Der Stand der Gemeinwirtschaftsbetriebe Österreichs.

Wie sieht es nun mit den sozialisierten, den sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Betrieben“? Es sind das nach dem Gezen vom Juli 1919 Betriebe, die von öffentlichen Betriebsräten (Staat, Land, Gemeinde) oder von einem anderen gemeinwirtschaftlichen Betriebe errichtet sind. In ihrer Verwaltung stehen außer Vertretern des Mutterbetriebs auch Vertreter der Arbeiter und Konsumenten. Nach dem Umsturz waren die Arbeiter in Österreich stark genug, diese gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen durchzusetzen, während weitergehende Ansprüche der Sozialdemokraten von den Bürgerlichen verhindert wurden. Aber auch die Durchführung der beschlossenen Gesetze wurde von den Bürgerlichen sabotiert. Jedenfalls war es nur möglich, diese Art der Gemeinwirtschaft in den ehemaligen Kriegsbetrieben durchzuführen, die die Arbeiter im Zusammenbruch überhaupt erst errichtet hatten, nachdem die vom Staat bestellten Leiter und Funktionäre davon gelaufen waren und Maschinen und Waren, ohne die Vertrauensmänner der Arbeiter dem Untergang und der Plünderung preisgegeben waren.

Es waren das vor allem zwei Betriebe, das Arsenal in Wien und der Kriegsbetrieb in Wöllersdorf. In die Leiter der gemeinwirtschaftlichen Betriebe trat nun die schwere Aufgabe heran, diese Betriebe von der Kriegsproduktion auf die Friedensproduktion umzugestalten. War das schon für den privaten Kapitalisten, der mit reichen Kriegsgewinnen an die Arbeit schritt, nicht so einfach, so war es um so komplizierter gerade für diese zu einer Friedensproduktion nahezu unbrauchbaren Betriebsanlagen. Siemant doch das Arsenal aus dem Jahre 1848, wo es nach der Niederwerfung der Revolution als ein „Zwing-Uri“ errichtet wurde, und die Werkstätten, die allmählich gebaut wurden, sind viele Kilometer voneinander entfernt. Wöllersdorf wieder, das im Krieg als eine große Stadt zur Erzeugung von Kriegsmaterial für 50 000 Arbeiter errichtet wurde, erforderte schon für seine Umstellung auf Friedensherzeugung so riesige Summen, daß es von vornherein fraglich war, ob sich diese verzinsen könnten. In beiden Betrieben hatte überdies die militärische Bürokratie so gewirtschaftet, daß sie nach dem Umsturz weggeschickt werden mußte.

Über der Opfermut der Arbeiter überwand alle Schwierigkeiten.

Waren doch die Arbeiter in Wöllersdorf gezwungen, nicht nur eine neue technische und kommerzielle Leitung einzusetzen, sondern auch die Maschinen sich selbst zu kaufen. Dabei machte das Finanzkapital bei der Bewilligung von Krediten Schwierigkeiten und als die Christlichsozialen Ende 1920 nach ihrem Wahlsieg aus Ruder kamen, verschlechterten sie das große Werk in Wöllersdorf an das Privatkapital, während es den Arbeitern gelang, noch rechtzeitig das Arsenal in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt umzuwandeln. Die Wöllersdorfer Werke wurden an das Privatkapital förmlich verpfändet. Die Vertreter des Kapitals stellen die Frage nach dem höheren Wert vor Privatwirtschaft und vor Gemeinwirtschaft. Wöllersdorf hat die Frage entschieden. Denn was dort an Schmutz, an nachtem Raub und Diebstahl, an Unfähigkeit und Raffgier zutage gefördert wurde, würde nicht aufgewogen werden, auch wenn alle gemeinwirtschaft-

lichen Betriebe zugrundegegangen wären. Denn selbst wenn in der Krise, die jetzt die ganze österreichische Wirtschaft auf das Schwerste erschüttert und der unzählige, scheinbar auf das beste fundierte Unternehmungen zum Opfer gefallen sind, auch gemeinwirtschaftliche Betriebe, die unter den geschädigten Umständen gegründet wurden, erliegen würden, würde das nichts gegen die gemeinwirtschaftliche Betriebsform beweisen, — ebensowenig wie der Zusammenbruch so vieler privater Betriebe an sich etwas gegen den Kapitalismus beweist.

Aber während die Goldschreiber des Kapitals den massenhaften Zusammenbruch der privaten Betriebe gemäß nicht als Beweis gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung gelten lassen wollen, glauben sie den Sozialismus widerlegt zu haben, indem sie Lügen über den Zusammenbruch gemeinwirtschaftlicher Anstalten erfinden. Dabei wird jetzt besonders über das Arsenal so viel gelogen, daß wir die Sache doch einmal klarlegen wollen.

Das „Arsenal“ und seine Sanierung.

Es ist ja wahr, daß die schwere Krise der österreichischen Wirtschaft auch die im Arsenal untergebrachten gemeinwirtschaftlichen Betriebe, vor allem die „Österreichischen Werke“, bedrohte. Dem suchte die Leitung durch eine Modernisierung des ganzen Betriebs und durch eine Zusammenziehung der weit auseinanderliegenden Betriebsstätten zu begegnen. Es war auch bereits im Herbst mit der Gemeinde Wien eine Vereinbarung angebahnt, wonach der Gemeinde ein etwa 500 000 Quadratmeter großer Grundkomplex verkauft werden sollte, womit das Arsenal den größten Teil seiner Bankschuld abbezahlt hätte. Ueberflüssige Pauschalitäten, Materialien und Maschinen wären durch die Gesiba (Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Bauanstalt) verkauft und beverflichtet worden, so daß das Arsenal auch den Rest der Bankschuld bezahlt und neben einem ausreichenden Betriebsfonds noch eine modern angelegte und eingerichtete Maschinenfabrik mit verschiedenen Nebenbetrieben behalten hätte.

Aber diese Vereinbarung fand nicht die Zustimmung der Regierung. So gern die bürgerlichen Parteien auch dieses unpopuläre Unternehmen geschloß hätten, so konnte man doch ein so gut fundiertes, gut gehendes, best renommiertes Unternehmen nicht fallen lassen, und so ist jetzt eine andere Stillmachung des Unternehmens erfolgt, bei der allerdings die Gemeinde ausgeschlossen wurde. Eine Reihe von Eigenschaften hat der Bund an das Heeresministerium überwiesen und eine Reihe von Maschinen und Materialien werden durch die Gesiba verkauft. Es spricht nicht gegen die verlorene Gemeinwirtschaft, wenn die Bundesregierung selbst verlangte, daß der Verkauf durch diese gemeinwirtschaftliche Anstalt als Treuhänderin vorgenommen werden mußte. Der ganze Unterschied zwischen den früheren und jetzigen Vereinbarungen liegt nur darin, daß das Bundesarsenal einen größeren Teil der Liegenschaften übernimmt.

Aber das wesentlichste Ergebnis auch der neuen Vereinbarungen ist, daß die Maschinenfabrik und Gießerei, die den Kern der „Österreichischen Werke Arsenal“ bildet, durch die Schulden, die noch bleiben, nicht befreit wird, so daß sie also schuldenfrei den reorganisierten Betrieb weiterführen kann. Dieser Betrieb selbst wird durch Konzentrierung auch weniger zusammenhängender Komplexe leistungsfähiger. Es ist ein auf das modernste eingerichteter Betrieb, der über einen Stock bestqualifizierter Arbeiter und über einen gesicherten Kundenkreis verfügt, zu dem neben der Gemeinde Wien und den anderen gemeinwirtschaftlichen Betrieben vor allem die Motorenfabrik Deug in Köln und die Whitehead-Werke gehören. Aber neben dieser Maschinenfabrik und der Gießerei mit derzeit — in der Krise! — 600 Arbeitern, sind im Arsenal auch noch eine Reihe anderer gemeinwirtschaftlicher Anstalten untergebracht: so vor allem die „Wiener Holzwerke“, eine auf ihrem Gebiet führende Fabrik, mit 400 Arbeitern und die Tischner- und Lederwerke mit 200 Arbeitern.

So schaut das zusammengebrochene Arsenal aus: drei modern eingerichtete, gut beschäftigte, nahezu schuldenfreie Unternehmungen! Wahrlich, das Privatkapital hat allen Anlaß, sich über diese „unfähige“ Gemeinwirtschaft erhaben zu fühlen! Damit die Kapitalisten in Deutschland sich aber über ihren baldigen Sieg noch mehr freuen, sei ihnen mitgeteilt, daß es noch einige andere gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in Österreich gibt! So die Schuhfabrik in Brunn am Gebirge, die Heilmittelwerke und die schon genannte Gesiba, die selbst die Krise ohne die geringsten Schwierigkeiten überstanden haben, daß jedoch nirgends auch nur der geringste Skandal vorgekommen ist, der sich mit dem Skandal von Wöllersdorf und den vielen Korruptionsaffären der Bankenzusammenbrüche, an denen führende Persönlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft beteiligt waren, auch nur entfernt messen könnte.

Mag die Wirtschaftskrise des Kapitalismus auch die sozialistischen Kleinzellen in der kapitalistischen Wirtschaft nicht unberührt gelassen haben, so hat sich doch zweierlei herausgestellt: 1. daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen diese schwere Krise überstanden haben und 2. daß sie von dem Schmutz, der die Krise in so vielen bürgerlichen Betrieben aufgewühlt hat, unberührt geblieben sind, daß sie also jedenfalls moralisch höher stehen als der privattypische Betrieb.

Umgruppierungen und Konzentration.

Vor einem Berliner Mühlenkrust.

Der geplante und wiederholt vorausgesagte Zusammenschluß der Berliner Mühlenindustrie ist am Mittwoch von maßgebender Stelle bekräftigt worden. Bei dem Zusammenschluß handelt es sich um die ganz natürliche Reaktion gegen die Bestrebungen der Landwirtschaft und der mit ihr verschwägerten Industrien, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben. Die Mühlen sind die Hauptstufen an den deutschen Getreidebörsen. Auf sie würde sich der erhöhte Getreidepreis natürlich zuerst abwälzen. Es wiederholt sich hier die Erfahrung, daß eine Beeinflussung der Marktlage durch den Verkäufer automatisch Abwehrmittel der Käufer hervorruft.

In Mittelpunk der Abwehrbestrebungen steht die Berliner Viktoriamühle, die mit großem, zum Teil aus dem Ausland beschafftem Kapital arbeitet. Ueber die Form der Aktienbeteiligung hat die Viktoriamühle Einfluß auf die Humboldt-Mühle und auf die Weizenmühle Karl Salomon u. Co. Zu diesem Kreis von Mühlen wird sehr wahrscheinlich die Berliner Dampf-Mühlen-A.-G. treten. Mit dieser Konzentration ist bestimmt zu rechnen, da die sogenannte Blumenstein-Gruppe, die bekanntlich die Verbindung zwischen der Berliner Viktoriamühle und den elfässischen Geldgebern der Viktoriamühle (Baumann Frères-Strasbourg) vermittelt, Einfluß auf die Berliner Dampf-Mühlen-A.-G. besitzt. Der neue Konzern umfasst ungefähr 65 bis 70 Proz. der Leistungsfähigkeit sämtlicher Großmühlen im Berliner Wirtschaftsbezirk. Die übrigen Mühlen sind zum großen Teil in der sogenannten Kampfmeier-Gruppe organisiert. Zu ihnen gehört die überaus leistungsfähige Schüttmühle.

Fusion im Interessentenkreis der AEG.

Die Hartung A.-G. Berliner Eisengießerei und Gussstahlfabrik, deren Aufsichtsratsvorsitzender Geheimrat Dr. Denisch von der AEG ist und die sich seit dem Kriege auf Werkzeug- und Maschinenbau umgestellt hat, gliedert sich im Jahre 1910 gegründete Ebt-Besser Maschinenfabrik in Brandenburg an, die landwirtschaftliche Maschinen produziert. Das Vermögen der letzteren geht unter Führung des Betriebes auf die Hartung A.-G. über; die Ebt-Besser-Aktien werden in Hartung-Aktien umgetauscht. Eine neue Kapitalaufnahme durch die Hartung A.-G. erfolgt nicht, da die sehr gut beschäftigte Gesellschaft die Fusion aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Der größte Teil der Ebt-Besser-Aktien befindet sich außerdem schon vor der Fusion in der Hand des Generaldirektors der Hartung A.-G. Man darf annehmen, daß die Fusion zur Förderung der Konzeptionsinteressen der AEG erfolgt ist, die bekanntlich in Sowjetrußland in großem Maßstab landwirtschaftliche Konzeptionen betreibt.

Der Schwedenkrust und die deutsche Zündholzindustrie. Wenn man den Auskünften der Verwaltung von Stahl u. Röhre und Deutsche Zündholzfabriken A.-G. glauben könnte, so wären alle Behauptungen von einem Eindringen des schwedisch-amerikanischen Zündholzkrustes in die deutsche Zündholzindustrie nur Phantasie der Zeitungsreporter. Die zum Konzern gehörigen Gesellschaften arbeiten mit deutschem Kapital, mit deutschen Krediten und sie haben nur einen Auslandskredit von 300 000 holl. Gulden. Auch diesen haben sie durch Vermittlung deutscher Banken von einem anderen Verwaltungsratsmitglied wurde erklärt, daß Verhandlungen wegen Aufnahme einer schwedischen Anleihe schweben, das wurde dann wieder dementiert. Die Aktien der Gesellschaften befinden sich, so sagt die Verwaltung, fast ausschließlich in deutschen Händen. Sie verzehrt nur hinzuzufügen, daß Besitzerin der Aktien die Allgemeine Zündholzexportzentrale in Hamburg ist. Diese aber ist die deutsche Holding-Gesellschaft des Schwedenkrustes. Der Sitz fast aller dieser Gesellschaften wurde durch Generalverwaltungsbeschluss nach Hamburg verlegt und es soll demnächst eine Verschmelzung aller dieser Unternehmungen unter Führung der Deutschen Zündholzfabriken A.-G. stattfinden. Diese wird zu diesem Zweck eine entsprechende Erhöhung des Aktienkapitals vornehmen. Gibt es eigentlich einen günstigeren Zeitpunkt für die Errichtung einer staatlichen Zündholzproduktion als den, in dem 50 Proz. der deutschen Produktion zu einer Einheit zusammengefaßt werden?

Zusammenbruch einer Berliner Kommanditistenbank. Die Reinigung im Bankgewerbe zieht zwar langsam als in der Industrie, aber sicher ihre Kreise. Nachdem bisher in der hauptsächlich Privatbankiers die Opfer waren, bringt die ungenügende Beschäftigung der Banken zunehmend auch Aktienbanken zur Auflösung. Auch in Berlin. Der Anfang Januar verhängten Geschäftsaussicht über die Reminax, Replax u. Co. Bank-Komm.-Ges. auf Aktien folgt jetzt die Auflösung der A. Behner u. Co. Bank-Komm.-Ges. auf Aktien. Die von ihr ab 1. Oktober durchgeführten Sanierungsversuche haben nichts genützt. Aus dem kleinen Reingewinn von 346 M. von 1924 ist für Ende 1924 ein Verlust von 280 000 M. gerufen. Die Auflösung ist beschlossen. Da noch weitere Verluste befürchtet werden, ist entgegen der Hoffnung der Firma wohl kaum zu erwarten, daß die Gläubiger voll befriedigt werden. In dem Aufsichtsrat saßen außer dem bekannten Finanzmann Dr. Guggenheimer auch Großindustrielle, so ein Vorstandsmittelglied der Wö-Bergbau-A.-G. und ein Generalkonsul aus Leipzig. Man sieht auch wieder, wie wenig Garantie das Sachverständnis von „Wirtschaftsführern“ für geschäftliche Erfolge bietet.

Die preußische innere Anleihe in Höhe von 30 Millionen Mark ist stark überzeichnet worden. Bekanntlich haben die Sparkassen die Hälfte der Anleihe übernommen.



Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 16-26

E. G. m. b. H.



Mitglieder!

Ein neuer Fleischladen im Osten, Thaeerstraße 48

Wir verteilen prima **Ochsenfleisch** (Gefrierfleisch), prima Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, alles aus erster Schlachtung zu billigsten Preisen.

Besuchen Sie uns und Sie werden die neue Einrichtung begrüßen.

Der Vorstand